

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5 Heller Porto)

## ZENTRALORGAN DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: KARL KERN, PRAG.



16. Jahrgang

Mittwoch, 30. September 1936

Nr. 227

### Das Kabinett Hansson

Acht Sozialdemokraten  
und vier Bauernbündler

Stockholm. Die neue schwedische Regierung hat Montag den Eid abgelegt. Von den zwölf Ministern sind acht Sozialdemokraten und vier Bauernbündler.

Der Sozialdemokratie gehören an:

- Hansson: Ministerpräsident
- Sandler: Aussenminister
- Wigforss: Finanzen
- Moller: Soziale Angelegenheiten
- Engberg: Kultus
- Forslund: Verkehr
- Stoelb: Handel
- Sewinson: ohne Portefeuille

Der Bauernbund stellt folgende Minister:

- Westman: Justiz
- Riffson: Verteidigung
- Behrson: Landwirtschaft
- Dunsel: ohne Portefeuille

In der Regierungserklärung, die in der ersten Sitzung des neuen Kabinetts verlesen wurde, heißt es u. a.: Die Außenpolitik bleibt unverändert. Die Regierung ersittet die Unterstützung aller Bürger, damit Schweden weiterhin im Rahmen des Völkerbundes zur Beilegung der Streitigkeiten und zur Herstellung einer auf Vertrauen beruhenden internationalen Zusammenarbeit beitragen kann. Besonders Bedeutung werte die Regierung einer engen Zusammenarbeit mit den benachbarten Ländern bei.

### Gründung der Sozialistischen Partei in Jugoslawien verboten!

Vor Monatsfrist hat der Vorbereitungsausschuss für die Gründung der Sozialistischen Partei des arbeitenden Volkes Jugoslawiens das Programm und Statut dem Innenminister Dr. Stokobec zur Begutachtung vorgelegt und um die Erteilung der sogenannten Konzession angefragt.

Am 16. September wurde vom Innenministerium zu Gunsten des Genossen Dr. Stokobec ein Verbot erteilt, daß die Regierung die Gründung nicht zur Kenntnis nimmt und die Gründung der Partei verbietet. Gleichseitig erteilt das Zentral-Büro des Ministerpräsidenten, die höchste Instanz für die jugoslawische Presse, die Anordnung, daß die Zeitungen von dem Verbot der Partei nichts bringen dürfen. Dadurch konnte die Öffentlichkeit von dem erlassenen Verbot bis heute noch nichts erfahren.

### Rykov abgesetzt

Moskau. Durch Verordnung des Präsidiums des Zentralkomitees der Sowjetunion wurde Rykow von den Pflichten des Volkskommissars des Verbindungsdesens der Sowjetunion befreit. Zum Volkskommissar des Verbindungsdesens wurde Jagoda unter Befehlung von den Pflichten des Volkskommissars der inneren Angelegenheiten der Sowjetunion ernannt. Zum Volkskommissar der inneren Angelegenheiten wurde Nikolai Ivanowitsch Bessolow ernannt.

### General Krejci an der französischen Ostgrenze

Paris. Der Chef des Generalstabes der tschechoslowakischen Wehrmacht, General Krejci, reiste Dienstag vormittags in Begleitung des Generalinspektors der französischen Armee, General Gamelin, und des Generalmajors Haucher nach Ost-Frankreich, wo er mehrere Garnisonen und die Arbeiten an den Ostgrenzen besichtigen wird. Insbesondere wird er die Städte Chalons sur Marne, Verdun, Metz und Straßburg besuchen. Den bisherigen Dispositionen gemäß wird General Krejci bis Freitag in Frankreich verbleiben, um dann direkt nach Prag zurückzukehren.

## Sozialistische Wahlsiege in Lodz von 7 auf 40 Mandate!

Die Erfolgsserie des skandinavischen Sozialismus springt auf das benachbarte Festland über. Nach dem gewaltigen Sieg der sozialistischen Sozialdemokratie verzichteten auch die polnischen Sozialisten bei den sonntägigen Gemeindevahlen einen Sprung auf, den sie nicht weniger, als die demokratische Arbeiter- und Bauernfront Polens die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert.

Aus Warschau wird gemeldet: Die Sozialisten errangen Sonntag bei den Gemeindevahlen in Lodz einen großen Sieg. Sie gewinnen 34 Mandate, die jüdische sozialistische Partei sechs Mandate, demnach im ganzen 40 Mandate gegenüber sieben Mandaten, die sie von 72 Mandaten bei den Wahlen im Jahre 1934 erlangten.

Die Gemeindevahlen hatten einen stürmischen Verlauf. Zwischen den Wahlagitatoren der sozialistischen Partei und den Nationaldemokraten kam es öfters an zahlreichen Stellen der Stadt zu schweren Zusammenstößen. Auf beiden Seiten gab es Verwundete. Ueberall mußte die Polizei eingreifen; sie nahm mehr als 200 Ruhestörer in Haft.

Bei den am Sonntag in der Stadt Mlawka abgehaltenen Gemeindevahlen konnten die Sozialisten den größten Wahlerfolg erzielen. Von der Gesamtzahl von 24 Mandaten erlangen die Sozialisten 11 Mandate. Sieben Mandate erlangte die Regierungsgruppe, drei gewannen die Nationaldemokraten und drei die Juden.

## Die Internationale für Spanien „Die Internationale Arbeiterbewegung nicht neutral“

In der am 28. September in Paris abgehaltenen gemeinsamen Konferenz des IWB und der SAJ, an der aus der Tschechoslowakei die Genossen Taverie, Racoun und Paul teilnahmen, wurde nach den Referaten der spanischen Delegierten Basual Tomass und Jimenez de Asua und vielstündiger Diskussion nachstehende Entschliessung einstimmig angenommen.

Der Ausschuss der Internationalen Gewerkschaftsbundes und die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, in Paris am 28. September versammelt, bekräftigen ihre Erklärung vom 28. Juli 1936, daß entsprechend den geltenden Bestimmungen des Völkerrechts die rechtmäßige Regierung Spaniens in der Lage sein muß, sich die zu ihrer Verteidigung notwendigen Mittel zu beschaffen. Diese Regierung vertritt die überwältigende Mehrheit des spanischen Volkes ohne Rücksicht auf politische und religiöse Unterscheidungen.

Nachdem sie die Berichte der Genossen Basual Tomass (Delegierter des spanischen Gewerkschaftsbundes) und Jimenez de Asua (Delegierter der spanischen Sozialistischen Partei) gehört haben, verweisen die beiden Ausschüsse mit Nachdruck auf die Wichtigkeit der Erklärung, die der spanische Außenminister vor dem Völkerbund

abgegeben hat: daß die Generale, die sich gegen die 14. Forderung der Wähler berufen rechtmäßige Regierung erhoben haben, von Seiten Deutschlands und Italiens (direkt oder durch Vermittlung Portugals) mit Waffen, Flugzeugen und Tanks beliefert worden sind, und zwar auch noch, nachdem diese Staaten das Nichteinmischungsabkommen unterzeichnet hatten.

Es ist Pflicht aller Regierungen, insbesondere der französischen Regierung und der englischen Regierung, diese schwerwiegenden Beschuldigungen sofort zu prüfen. Das internationale Abkommen unter den Mächten, keine Waffen nach Spanien zu liefern, ist abgeschlossen worden, um die Gefahr eines allgemeinen Krieges abzuwenden und ist nur so lange verpflichtend, als es von allen loyal eingehalten wird. Die Verletzung dieses neuen internationalen Abkommens durch Deutschland und Italien muß unweigerlich zu einer Überprüfung der Sachlage durch die andern Mächte führen.

Die SAJ und der IWB versichern die spanische Arbeiterklasse ihrer vollsten Solidarität in ihrer heldenhaften Verteidigung der demokratischen Freiheitsrechte des spanischen Volkes. Die internationale Arbeiterbewegung ist in diesem Kampfe nicht neutral und kann niemals neutral sein!

## Toledo gefallen

### Madrid rüstet zur Verteidigung bis aufs Messer Die Reglerungsflotte vor Bilbao

Die seit Ende der vorigen Woche andauernden Kämpfe an der Südweltflanke der Madrider Verteidigungslinie haben Montag mit der Befreiung Toledos durch die Aufständischen geadelt. Die Stadt wurde angegriffen von der erdrückenden Uebermacht, die Franco auf diesen wichtigen Punkt konzentriert hatte, nur noch durch Nachhutverteidigung, während die Milizen langsam zurückgingen und die in Toledo einziehenden Rebellen unter Geschützfeuer nahmen.

Der so lang heimstürmte Alcazar wurde von den Aufständischen eingenommen und es stellte sich heraus, daß von rund 1200 Menschen (darunter 400 Frauen und Kinder) zwar 500 verwundet, aber trotz der Sprengungen nur 80 getötet worden sind. Die bürgerliche Presse muß nun ihre eigenen Greuelmeldungen über die erbarmslos abgeschlachteten Frauen und Kinder im Alcazar widerrufen.

Der Fall Toledos gefährdet die Guadarramafront der Regierungstruppen und

läßt es als ziemlich sicher erscheinen, daß unter den Toren von Madrid ein schwerer Kampf stattfinden wird. Die Regierung weist in einem Aufruf auf den Ernst der Lage hin und erklärt, Madrid bis zum äußersten zu verteidigen, von Madrid aus den Gegenstoß zu organisieren zu wollen.

Weder die Lage an der katalanischen Front und vor Cordoba liegen nur unzureichende und einander widersprechende Meldungen vor. Die Lage wird weiter von den Milizen bedrängt, Bilbao von den Aufständischen. Die Regierungslotte wurde nach dem Atlantischen Ozean dirigiert, um Bilbao zu entsetzen. Zwischen ihr und den Schiffen der Aufständischen soll es ein Gefecht gegeben haben. In Bilbao soll es nach den Bombardements, die große Zerstörungen anrichteten, zu Schredensfluten gekommen sein. Die Lage der Regierung ist zweifellos ernst, wenn auch anzunehmen ist, daß sie in der Verteidigung auf neue Kräfte einsehen wird, die ihr aus verschiedenen Gründen beim Angriff fehlten.

## Wetterleuchten im Osten

Die Bedeutung des Wahlsieges  
von Lodz

Als wir vor einer Reihe von Wochen gelegentlich der Reise General Gamelins nach Warschau von der langsamen Schwendung der polnischen Politik von Berlin weg, und in die Pariser Front sprachen, haben wir betont, daß die Entscheidung über die Rolle Polens in dem großen Prozeß der europäischen Neuordnung doch nicht von den Generalen und Ministern allein, sondern von den Massen des polnischen Volkes gefällt werden würde. Denn eben damals kündigten die großen Bauernverbände auf dem polnischen Lande eine sozialrevolutionäre Welle an, zu deren Eindämmung die Mittel des autoritären Regimes vielleicht noch eine kurze Frist, kaum aber noch einige Jahre ausreichen können. Der über alle Erwartung große sozialistische Wahlsieg in Lodz beweist nun, daß diese Welle nicht nur das Land, sondern auch die industriellen Zentren — deren bedeutendstes Lodz wohl ist — ergriffen hat und daß sie zweifellos noch immer im Anstiege ist. Daß Lodz keinen Ausnahmefall darstellt, beweist wiederum das Wahlergebnis in dem kleineren Mlawka, wo die Sozialisten ebenfalls glänzend abgeschnitten haben.

Genau handelt es sich um Gemeindevahlen, von denen eine unmittelbare innerpolitische Bedeutung nicht zu erhoffen ist. Immerhin haben wir es oft erlebt, daß kleinere Ereignisse und an sich weniger bedeutende Ereignisse große Folgen nach sich ziehen können; man denke nur an Sillers Wahlerfolg in Lippe, der das Jahr 1933 so verhängnisvoll einleitete! Auch von dem mächtigen Linksrud in Lodz kann für Polen und für das Spiel der europäischen Mächte in weiterer Folge mehr ausgehen, als sich zunächst und fürs erste absehen läßt.

Innerpolitisch steht für Polen die Fortdauer des Obersten-Regimes in Frage, jener merkwürdigen, ein wenig an Ungarn und Oesterreich erinnernden „autoritären“ Herrschaftsform, die ihre Kraft zum Teil aus der Unversöhnlichkeit der rechts und links von ihr stehenden Kräfte bezieht, in Polen der nationaldemokratischen reaktionären Kreise einerseits und der Arbeiter- und Bauernmassen auf der linken andererseits.

Die Obersten haben bisher bei der Lösung der drängenden sozialen Fragen Polens, seiner Wirtschaftskrisis, des Bauernelends, der proletarischen Misere, des Analphabetentums, des Alkoholismus, aber auch in den Nationalitätenfragen versagt. Sie haben die vielen Probleme, vor denen die Staatsführung von 1918 nach der militärischen Selbstbehauptung von 1920 stand und noch steht, der Lösung um keinen Schritt näher geführt. Ihre Staatskunst bestand darin, die Armee zu stärken, für die Erhaltung der Armee aus dem Volke das Menschenmögliche herauszuholen und die Spitzen der Armee wieder zum entscheidenden Faktor in der Lenkung des Staates zu machen. Immer gebieterischer aber meldet sich das Volk zu Wort, daß diese Staatskunst bezahlet nicht und sie einfach nicht mehr erträgt.

Zu den „sozialistischen“ Schredensfluten, die der Nationalismus immer wieder an die Wand malte, gehört neben Spanien und neben der „Volkswirtschaft“ Frankreichs und der Tschechoslowakei seit einiger Zeit auch die soziale Revolution in Polen. Tatsächlich könnte für Polen am ehesten das Wort zutreffen, nur kommt die „sozialistische Gefahr“ in Polen nicht von der Agitation Moskaus her, sondern von den haarsträubenden sozialen Zuständen in dem „Ordnungsstaate“ der Biludski-Ära. Und Lodz beweist, daß die polnischen Arbeiter auch gar nicht eine sozialistische Lösung suchen, sondern in dem demokratischen Sozialismus das Bestens das Mittel zur Heilung ihrer Leiden erblicken.

Neben der innenpolitischen Bedeutung des Wahlsieges in Polen, der in dem Wahlergebnis von Lodz zum Ausdruck kommt, darf nicht vergessen werden, daß es auch nach außen ein großer Erfolg der Demokratie und des Sozialismus ist. Nach der deutschen Abgabe, die Dänemark und Schweden den



Deifolien Hitler's erteilt haben, ist die Stimme aus dem jahrelang nazistisch bearbeiteten Polen eine besonders deutliche und für Berlin peinliche Mahnung. Vor allem aber weiß man in Berlin, daß die Kräfte, die in Polen im Aufstieg sind und die das Regime der Obersten über kurz oder lang hinwegfegen werden, auch mit der außenpolitischen Konzeption Bed's endgültig Schluss machen werden. Der sozialistische Wahltag von Lodz wird nach einer Reihe anderer Enttäuschungen, Herrn

Hiller sehr unangenehme Stunden bereiten, denn er rückt den Traum von dem Marsch in die fetten Gefilde der Ukraine immer weiter hinaus in die letzte Phase des „tausendjährigen“ Märchenreiches . . .

So ist Lodz für uns Sozialisten und Demokraten ebensowohl eine Hoffnung, ein freudiges Weltrecht, wie es für den freigeistigen Nazismus eine deutliche Warnung ist.

# Abschluß der Präsidentenreise

Herzliche Begrüßung durch Hlinka  
Außenpolitik kein Spielball von Parteilinteressen

Prag. Präsident Dr. Beneš ist von seiner Reise durch die Slowakei Dienstag früh nach Prag zurückgekehrt, wo er noch am selben Tag u. a. den tschechoslowakischen Gesandten in Warschau Dr. Slavik in Audienz empfing.

Die letzten zwei Reisetage führten den Präsidenten u. a. nach Cernoba und Rosenberk, wo der Führer der slowakischen Volkspartei Hlinka, der an diesem Tage eben seinen 72. Geburtstag feierte, den Präsidenten mit einer herzlichen Ansprache empfing. Hlinka betonte seine Achtung, Liebe und Loyalität zum Staatsoberhaupt, freite dann allerdings auch den Pittsburg-Vertrag und die St. Martins-Deklaration und unterstrich, daß die slowakische Volkspartei an diesen Verträgen auch heute noch festhalte.

Dr. Beneš gratulierte Hlinka zu seinem Geburtstag und hob seine große Arbeit für die Slowakei hervor; er sei einer derjenigen, die ganze Jahrzehnte tapfer die slowakische Nationalfahne gehalten hätten. Auf die Erwähnung der Autonomieerwartungen reagierte der Präsident mit der Bemerkung: Wenn unsere politischen Parteien in dieser oder jener Frage ihre speziellen Pro-

grammforderungen und Ansichten haben, in der Sache sind wir alle einig, kompromißlos und entschlossen: bis zum Tode unsere Republik zu schützen. Er sei abichtlich nach Cernoba gekommen, um zu zeigen, daß jeder, der zum Bau unserer Freiheit und Republik beigetragen hat und beitragen will, eine gerechte Anerkennung besitzen muß und daß der Präsident der Republik, der der Präsident aller ist, immer und unter allen Umständen loyal, korrekt, opferwillig und gerecht mit allen, die hinter der Republik stehen, mitarbeiten will und wird.

In Váňstavahyřica sagte der Präsident u. a.: „Ich bin gegen Ueberreibungen von links und von rechts. Ich bin für eine vernünftige Zusammenarbeit mit allen Minoritäten, ich erachte jede Einseitigkeit für einen guten Vorwand für unsere Gegner, uns anzuseinden. Ich halte es für gefährlich, die Außenpolitik nach den augenblicklichen Parteilinteressen von links oder rechts orientieren zu wollen. Ich halte für unseren Staat die loyale Zusammenarbeit der Landbevölkerung mit den Arbeitern und den Industriekreisen für unbedingt notwendig.“

to Hillers Uebermacht in Mittel- und Osteuropa zu begründen. Ob das im Interesse der Tschechoslowakischen Republik gelegen ist, blieb sich Herr Jilla einmal überlegen. Auch das zweite Kunststück, das Jilla zustande bringt, nämlich die Sozialdemokraten und Kommunisten in einen Topf zu werfen und so den Mittelstand gegen die Sozialdemokratie aufzuheben, wird ihm kaum gelingen, denn der tschechische Mittelstand wehrt in seinem gesunden Sinn, daß in einer so ersten Situation, wie jener, in der Europa sich jetzt befindet, ein Kreuzzug gegen die Sozialdemokraten von schweren inner- und außenpolitischen Folgen für den Staat begleitet wäre.

Das wichtigste ist aber, daß der tschechische Agrarier die außenpolitische Konzeption der Tschechoslowakei revidieren will. Worin alle diese Revisionen bestehen, das müßte Herr Jilla den Wut haben zu sagen. So ließe sich die Vertretung mit unseren Verbündeten lösen, soll die Tschechoslowakei das Bündnis mit Frankreich, der Kleinen Entente oder mit der Sowjetunion kündigen? Sollen wir aus dem Friedensblock, den eine Reihe europäischer Staaten bildet, auspringen? Auf die Antwort sind wir neugierig.

Aber noch eine Frage muß aufgeworfen werden. Die Agrarpartei ist die größte Partei der Regierungskoalition und auf die gesamte Führung der Regierungspolitik hat doch der Ministerpräsident, der dieser Partei angehört, Einfluß. Er hat diesen Einfluß auch auf die auswärtige Politik, er betätigt ihn auch und ist als Vorsitzender der Regierung auch für die Außenpolitik verantwortlich. Dazu kommen noch die übrigen verfassungsmäßigen Faktoren, welche auf die Außenpolitik bestimmenden Einfluß üben. Die tschechische Außenpolitik der Tschechoslowakei ist auch die Außenpolitik der Agrarpartei und wenn Herr Jilla die Außenpolitik ändern will, dann müßte das vorerst in seiner Partei selbst herbeigeführt werden.

Was also Herr Jilla von der notwendigen Revision unserer Außenpolitik gesagt hat, braucht nicht sehr tragisch genommen zu werden, es wirkt nicht sehr helles Licht auf die desolaten Verhältnisse in Tschechien, welche in der führenden Partei der Koalition herrschen und die insofern die gesamte politische Öffentlichkeit interessieren, weil die scharfen Gegensätze in der Agrarpartei eine Schädigung des staatlichen Gesamtinteresses bedeuten.

## Demokratische Zusammenarbeit

Auf dem Kongreß des Prager Gaues der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, der Sonntag und Montag in Prag stattfand, hielt der Parteivorstandende Šampal eine Rede, in der er die Verbindung der sozialistischen Parteien und der demokratischen Elemente der nichtsozialistischen Parteien in einem festen Regierungsbündnis zum Zweck, die demokratischen Prinzipien des öffentlichen Lebens bei uns zu erhalten und zu verteidigen, als eine Selbstverständlichkeit hinstellte. Der Standpunkt, den bei uns die sogenannte Linke vertritt, stehe in Übereinstimmung mit unserem demokratischen Geiste, in Übereinstimmung mit unserer Geschichte; das, was unsere Rechte präsentiert, sei eine Kopie ausländischer und wesensfremder Ideen.

Šampal sprach auch über wirtschaftliche Angelegenheiten und erklärte, die sozialdemokratische Partei lasse Maßnahmen nicht zu, die die Arbeiter- und mittleren Schichten schädigen würden.

Abgeordneter Dr. Meißner sagte in seiner Kundgebung: Die Veseitigung der Demokratie

## Wer bestimmt die Politik der Agrarpartei?

Wir hatten schon öfters Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß sich die offizielle Politik der größten Partei der Tschechoslowakei, welche seit Jahren den Ministerpräsidenten stellt im Gegensatz dazu befindet, was das führende Blatt dieser Partei, das sich vollkommen unter dem Diktat des rechten Flügels steht, schreibt. Nun scheint aber die Anarchie, welche in der Partei herrscht, sich weiter zu verbreiten. Welches dafür ist eine Rede, die niemand anderer als der Generalsekretär dieser Partei, Abg. Ing. Jilla, vor der agrarischen Jugend gehalten hat. Er sagte das u. a.:

„Wir müssen den Mut haben, wenn es nötig ist, unsere außenpolitische Konzeption zu revidieren. Es wird u. B. gesagt, daß die öffentliche Meinung der Mittelschichten sich dagegen auflehnt, daß die Tschechoslowakei ein Ausfallort des Bolschewismus nach Westeuropa wird.“ Jilla warf der Presse der Linksparteien vor, daß sie unzulässigerweise alle jene Großmächte reizt, deren inneres Regime nicht nach ihrem Geschmack ist. Die Befestigung des Rheinlandes durch Deutschland würde bei einem Konflikt die französische Armee aufhalten, wenn diese ihren Bundesgenossen zu Hilfe eilen wollte. Die Tschechoslowakei könne sich nicht auf ferne, wenn auch noch so gute Armeen verlassen. Ebenfalls wenig sei auf

das System der kollektiven Sicherheit ein Verlaß, das so häufig im abseitigen Konflikt versagt habe. Die konservative Welt schaue auf die Tschechoslowakei wie auf eine bolschewistische Filiale. Diese Auffassung müsse im Hinblick auf die Gewinnung der Mittelschichten und der Bauernschaft abgelehnt werden, die den Kampf gegen den Bolschewismus im Sinne einer Erhaltung des Privateigentums und der Demokratie entschieden haben. Es sei ein Fehler, Sozialismus und Demokratie gleichzusetzen. Der Kommunismus bedeutet Diktatur, Kommunismus ist auch Sozialismus und Marxismus. Die Diktatur des Proletariats ist sowohl der Traum des guten wie des bösen Marxismus. Bei den Marxisten ist die Demokratie nur eine Sache der Taktik, während sie bei den Bauern Tradition und Lebensauffassung ist. Die Tschechoslowakei müsse eine solche Politik machen, daß sie zu keinem Instrument der Großmächteinteressen zwischen Rußland und Deutschland wird.

Darauf kann man dem Herrn Jilla allerlei erwidern. Zunächst wird 'eder herausfühlen, daß der Herr Generalsekretär der tschechischen Agrarpartei auf die antisowjetischen Parolen Hitler's hineingefallen ist. Er sollte wissen — dazu reicht sein politischer Weitblick wahrscheinlich nicht aus —, daß Hitler auf dem Münchener Parteitag nur deswegen ganz Europa zum Kampf gegen den Bolschewismus aufgerufen hat, um die mit der Sowjetunion verbündeten Staaten, also auch die Tschechoslowakei, von Rußland zu trennen und

in einigen bedeutenden Staaten und die damit verbundene Verschlagung der sozialistischen Parteien wirkt begreiflicherweise in andern Staaten s u g g e f i v. Die Frage der Demokratie nimmt allmählich den Charakter einer internationalen Frage an, da die Erhebung der demokratischen Regime durch Diktaturen die Kriegsfahrer erhöht.

## Kongreß der Krankenschwestern

Prag. In Prag wurde der erste Manifestationskongreß der freiwilligen Krankenschwestern des Roten Kreuzes unter dem Protektorat der Vorsitzenden des Roten Kreuzes, Dr. Alice Masaryková, und unter der Ehrenpatronage der Gattin des Präsidenten, Frau Hanáková, abgehalten. Es beteiligten sich Rot-Kreuz-Schwestern aus Böhmen sowie Delegationen aus den übrigen Ländern. Sonntag bewegte sich ein Umzug der weißgekleideten Schwestern durch die Stadt. Divisionsdirektor Groh eröffnete den Kongreß und gedachte des Begründers des Roten Kreuzes, des Präsidenten-Vereiters Dr. L. W. Masaryk sowie des Präsidenten der Republik Dr. Eduard Beneš. Er hieß den anwesenden Minister für öffentliches Gesundheitswesen Doktor Těšch und alle Delegierten und Vertreter der Behörden, Korporationen und Sanitätsorganisationen willkommen.

In Laun wurde am Sonntag ein Svehla-Denkmal enthüllt. Der Feier wohnten u. a. Parlamentspräsident Malypetr und Senatspräsident Dr. Soukup sowie Landwirtschaftsminister Dr. Kadina bei. Malypetr prägte in seiner Rede den Satz, daß das (von Svehla immer angestrebte) politische Kompromiß „das erste ungeschriebene, aber stets gültige Gesetz unserer Demokratie“ gewesen sei.

Die tschechische Gewerbeabteilung hielt Sonntag in Prag einen gemeinschaftlichen Manifestationskongreß der Gewerbetreibenden und Kaufleute ab, auf welchem der rasche Ausbau der Arantien-, Invaliditäts- und Altersversicherung der selbständig erwerblichen Personen gefordert wurde. — Bekanntlich hat der letzte Ministerrat das Fürsorgeministerium bereits mit der Einleitung der Vorbereitungsarbeiten für die Selbständigenversicherung betraut.

Tagung der deutschen Bürgerschullehrerschaft Böhmens. Der deutsche Bürgerschullehrerbund in Böhmen hielt am Sonntag, den 27. September 1936, in Hluf sein Hauptversammlung ab. Der Obmann, Bürgerschuldirektor J. Špágal, konnte zahlreiche Mitglieder aus allen Teilen Böhmens begrüßen. Die Tagesordnung umfaßte vier Referate, die alle mit ungeteilter Aufmerksamkeit und „mit großem Beifall“ aufgenommen wurden. Universitätsprofessor Dr. Ernst Otto Šprach über „Die Gegenwartsfrage unserer Schule“. Fachlehrer Josef Hoffmann, Marišbád, sprach über die Gesundheitsfragen der Bürgerschullehrerschaft. Fachlehrer Theodor Wido-Auffig über die Lage der professionellen Fachlehrer. Fachlehrer Rudolf Pieder-Oberleutensdorf gab in seinem Vortrage über das Distriktsbürgerschulgesetz ein Bild der gegenwärtigen Lage und entwarf einen großartigen Plan zur Aufführung der Pädagogik über die wesentlichen Fragen zur Durchführung des Gesetzes. Bei den vorgenommenen Wahlen wurde Herr Direktor Špágal zum Obmann wiedergewählt. Mit der Versammlung war eine Ausstellung der Lehrmittelliste „Bürgerschule in Hluf“ verbunden.

## Tommy Barbox macht Revolution

Roman von Fritz Bondy

„Und Sie?“  
„Ja? Wie wird man wahrscheinlich in ein paar Minuten verhaftet haben . . . ich glaube, ich höre schon die Leute auf der Straße schreien.“ Er stand auf und wollte auf den großen Balkon vor dem Zimmer zugehen. Aber Morales und Ignacio stellten sich in den Weg.  
„Bleiben Sie wenigstens . . . es ist noch Zeit . . . das Auto steht wieder an der Gartentüre“, rief Ignacio.  
Der Präsident wurde energisch.  
„Ihr geht jetzt beide an eure Posten. Sie, Morales, in die Kaserne! Wenn man Sie hier findet, nimmt man Ihnen das Kommando. Und damit ist niemandem gebent.“  
Pedro Morales ging zögernd und widerwillig. Er hatte ganz nasse Augen.  
„Warum haben Sie mir nicht erlaubt, den Hafen zu befestigen“, sagte er noch in der Türe vorwurfsvoll. „Dann hätte ich diesen Tag niemals erleben müssen.“  
Der Präsident trat jetzt auf den Balkon. Vor dem Gebäude standen ein paar Hausen Menschen. Bonamaria lief geschäftig von einer Gruppe zur anderen. Einer bemerkte den Präsidenten auf dem Balkon, zeigte ihn seinem Nebenmann, endlich strahlten die meisten hinauf. Bonamaria war so ziemlich der Letzte, der ihn sah.  
„Ihr sollt doch „nieder“ schreien“, brüllte er. Das erste „Nieder“ klang noch zaghaft und unsicher; Martinez und Pablo Ribadeneiro taten ihr Möglichstes, um ihre Leute anzufeuern, und so gelang schließlich ein ganz kräftiges Geschrei.  
„Häusle schütteln! Häusle schütteln!“ rief

Bonamaria, der bei Tommy Barbox Regie gelernt hatte. Er wachte sich den Schweiß. „Werdet Ihr wohl die Häusle schütteln, Ihr Dummköpfe?“  
Mit der Zeit wurde auch dieses Manöver leidlich ausgeführt. Durch die Reugierigen hatte die Schaar eine erhebliche Verstärkung erfahren, doch Bonamaria wachte nicht recht, ob das günstig war oder nicht. Der Platz sah wohl gefüllt aus, aber es mochte immerhin sein, daß die Zuschauer Partei nahmen, wenn es ernst wurde. Und dann konnte es ihm und seinen Leuten schlecht gehen. Er fluchte, wenn er an Barbox dachte. Der hatte die Leute nicht bewaffnen wollen. Kindische Bedenken! Jetzt war ihm recht unheimlich zumute. Dort oben stand Rodriguez so ruhig, als wäre er tatsächlich einer Kinonaufnahme zu. Der war gerissen! Er war wohl imstande, irgendeine Leuselei vorbereitet zu haben; Minen oder Bomben oder dergleichen. Wenn nur schon die Soldaten da wären! Früher rührte Bonamaria sich nicht. Er beschränkte sich also darauf, sein Volk „nieder“ schreien zu lassen, und einige verteilten unter den Zuschauern die roten Proklamationen.  
Endlich sah er die Soldaten kommen. Botan Tommy Barbox, der verwunderte Zuschauer filmte.  
Martinez trat auf Bonamaria zu.  
„Sie müssen jetzt hinauf und Rodriguez verhaften. Es muß etwas geschehen.“  
Bonamaria sah nicht begeistert aus.  
„Reinen Sie? Ja . . . das wird wohl nötig sein . . . aber wäre es nicht richtiger, wenn Sie das täten? Ich bin schließlich der Präsident . . .“  
„Gerade darum“, grinste Martinez, „Sie müssen die Führung übernehmen. Glauben Sie, Rodriguez würde sich lange zieren. Sie zu verhaften?“  
Das war allerdings richtig. Bonamaria sah sich zweifelnd und hilflos um. Dort war die Kaserne der Gendarmen, ein langgestrecktes einschichtiges Gebäude. Vor der Türe lungerten zwei

Gendarmen und sahen zu. Aus den Fenstern beugten sich einige ihrer Kameraden.  
„Wir müssen ein Revolutionskomitee bilden. Wie wäre es, wir nähmen Morales mit?“  
Martinez meinte wohl, daß Morales doch kein ganz sicherer Bundesgenosse sei, aber man hatte keine Wahl. Da standen bereits die amerikanischen Marinesoldaten, und die Offiziere waren sichtlich ungeduldig. Ja, es mußte tatsächlich etwas geschehen.  
Bonamaria trat auf einen der beiden Gendarmen vor dem Tor zu.  
„Rufen Sie einmal den Hauptmann“, besaß er.  
Der Gendarm sah ihn an und rührte sich nicht.  
„Haben Sie nicht gehört? Sie sollen den Hauptmann rufen“, brüllte Bonamaria.  
Der Gendarm nahm sein Gewehr in die Hand, und Bonamaria fuhr zurück. Er war wieder ruhig, als er einige Meter Abstand und ein paar seiner Revolutionäre zwischen sich und dem Gewehr des Gendarmen sah.  
In diesem Augenblick trat Morales aus der Türe.  
Bonamaria wurde wieder kühner. Er trat sogar aus der Gruppe hervor, in deren Mitte er sich gesichert hatte.  
„Hauptmann Morales, die Regierung ist gekürzt. Sie sehen in mir Ihren neuen Präsidenten. Ich fordere Sie auf, sich loyal mit Ihrer Truppe zu unserer Verfügung zu stellen.“  
Morales kante an seinem Schnurrbart. Am liebsten hätte er dem neuen Präsidenten eine kräftige Antwort gegeben. Aber als er sich umfaß und die Soldaten erblickte, die zweifellos nicht bloß eine Vergnügungsfahrt hierher, unternehmen hatten, erinnerte er sich an die Befehle des Rodriguez. Ja, es war nichts zu machen. Jeder Widerstand war sinnlos, das sah sogar er ein.  
Er knurrte etwas, was Bonamaria als Zustimmung hinnehmen konnte.

„Sie treten der neuen Regierung als militärischer Berater bei“, sagte der Advokat kühner gemacht; und näher tretend fügte er hinzu: „Ich will leben, daß ich etwas für Sie tun kann. Ich werde Ihnen den Oberstenrang verleihen, wenn Sie sich jetzt korrekt verhalten. Später werden wir dann eine wirkliche Armee ausrüsten, und Sie . . .“  
„Was soll ich eigentlich tun“, unterbrach ihn Morales, auf den die Versprechungen des Advokaten keinen Eindruck gemacht hatten.  
„Sie gehen jetzt mit vier Mann ins Regierungsgebäude und verhaften den früheren Präsidenten.“  
Morales sah ihn wütend an. Dann blickte er nach dem Balkon, auf dem Rodriguez unerschütterlich lächelnd stand. „Das werden Sie gefälligst selber tun“, murkte der Hauptmann.  
Bonamaria war in einer peinlichen Lage. Vor seinem Volk, vor den fremden Truppen, vor allem aber vor Rodriguez konnte er sich nicht so blamieren lassen.  
„Mein lieber Morales“, flüsterte er ganz nahe, „ich bitte Sie, verhaften Sie Rodriguez, ich werde Sie zum General ernennen. Es wird ihm nichts geschehen, das garantiere ich Ihnen, aber die Amerikaner verlangen es, wir sind hier machtlos.“  
Morales sah nochmals unschlüssig zu Rodriguez hinauf. Der hatte den Sinn des Parlamentarierens von weitem verstanden und winkte ihm zu.  
„Gut, mein Herr“, erklärte der Hauptmann endlich, denn er hatte sich zu der Ansicht durchgerungen, daß er vielleicht Schlimmeres verhindern konnte, wenn er jetzt mitmachte. „Aber Sie gehen voran, Sie sind die Regierungsgewalt. Anders ist es nicht.“  
Bonamaria knirschte. Aber er konnte die Szene nicht länger forsetzen. Er wendete sich zu seinem Volk und zog eine Siegermine auf.  
(Fortsetzung folgt)



# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Bedeutende Kreiskonferenz in Sternberg

Referat des Genossen Taub / Eine mahnende Entschlebung

Einen eindrucksvollen Beweis des Wieder-aufstieges der Sozialdemokratie im Olmücker Wahlkreis brachte die am Sonntag im Saale des Sternberger Arbeiterheimes abgehaltene Kreiskonferenz (unter dem Vorsitz des Genossen Koschahly). Über 200 Delegierte und Gäste hatten sich eingefunden. Den Teilnehmern lag ein umfangreicher schriftlicher Bericht vor, der die furchtbaren Verheerungen der Wirtschaftskrise, die besonders schlimm in diesem Gebiete wütet, veranschaulicht, aber auch ein prächtiges Zeugnis von dem ungebrochenen Kampfeswillen ablegt, der die Vertrauensmänner befeuert. Die Tagung erhielt eine besondere Bedeutung durch die Teilnahme des

### Genossen Taub,

der sein Referat mit einem Überblick über die gesamteuropäische Lage einleitete:

Die Devaluation des Franken durch die Regierung Blum nannte er eine staatspolitische Großtat ersten Ranges, die Blum in die Lage versetzt, sein Werk der sozialen Reformen fortzusetzen. Die Währungsangleichung an England und Amerika sichere den Bestand der Volksfrontregierung und stoppe den Abfluss französischen Goldes ins Ausland, der für die Regierung zur tödlichen Gefahr zu werden drohte. Taub beschäftigte sich im zweiten Teil seiner Rede mit innerpolitischen Vorgängen. Es gehe nicht an, den Kampf gegen die SDP ausschließlich von der deutschen Sozialdemokratie führen zu lassen. Erste Worte richtete er an die Adresse der verantwortlichen Faktoren dieses Staates. Die vom kräftigsten Unverständnis gegenüber den Belangen der deutschen Bevölkerung getragenen Maßnahmen untergeordneter Organe stehen mit den in der letzten Zeit wiederholt von verantwortlichen Politikern gemachten Versicherungen über eine beginnende Klärung des deutsch-tschechischen Verhältnisses in Widerspruch. Die Sozialdemokratie erwartet von der Regierung die Berücksichtigung der angelegentlichsten Maßnahmen für die Notstandsgebiete. Taub beschäftigte sich dann zum Schluss noch mit der kürzlich erfolgten Schaffung der antifaschistischen Liga und mit dem Verhältnis von Agrariern und Staat. Sein Referat klang in der Erkenntnis aus, daß ein Grund zum Pessimismus nicht bestehe. Wir haben bald die Gefahrenzone überschritten.

Das immer wieder von hitlerischem Vandalismus unterbrochene Referat des Genossen Taub löste eine rege Debatte aus, an der sich Delegierte aus allen Bezirken beteiligten. Fast alle Redner führten heftige Klagen über die Kürzungen in der staatlichen Ernährungsaktion, die unter den Arbeitslosen eine große Erbitterung hervorriefen. Einzelne Gemeinden bekamen nur dreißig Prozent der geforderten Lebensmittelarten zugewiesen! Die Bürokratie tut alles, um die Verständigung zwischen den Völkern zu erschweren, insbesondere aber der Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen die SDP Schwierigkeiten zu bereiten. Die Wehrmacht der Wehrmacht die Aufhebung der Kürzungen, die Beseitigung bürokratischer Schikanen und die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten in den von der Arbeitslosigkeit besonders schwer betroffenen Gebieten.

In seinem Schlusswort sagte Genosse Taub die parlamentarische Untersuchung gewisser von der Konferenz ausgedeckter Mängel bei staatlichen Notstandsarbeiten zu. Die Debatte stand auf einem hohen Niveau und zeugte von der Reife der nordmährischen-olmücker Arbeiterklasse.

Es sprachen noch Abgeordneter Biskla über die Notwendigkeit der Umgestaltung des Versammlungswesens und Sekretär Ondrejka über die in den kommenden Monaten einsetzende Bildungsarbeit.

Die von der Konferenz einstimmig angenommene Resolution enthält unter anderem folgende bemerkenswerte Stellen:

„In dem die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft ihr Bestreben zur Außenpolitik des Staates und zu den Notwendigkeiten seiner Verteidigung ausdrückt, hält sie es nicht nur für ihr Recht, sondern geradezu für ihre Pflicht,

offen auszusprechen, daß die wirksame Organisation der Staatsverteidigung auch die Erhaltung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes zur unerlässlichen Voraussetzung hat. Nur eine in ihrer sozialen Organisation gesicherte Arbeiterschaft vermag den Staat zu verteidigen. Darum ist der Kampf gegen die Krisenwirkungen und die noch immer andauernde Massenarbeitslosigkeit, die insbesondere in den deutschen Gebieten nur eine unwesentliche Milderung erfahren hat, nicht nur ein Gebot der Wirtschaftspolitik und der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch eine staatspolitische Notwendigkeit.“

Die Konferenz begrüßt darum aufrichtig die Erklärungen des Herrn Staatspräsidenten, aus denen der Wille der obersten Staatsführung hervorgeht, den Lebensinteressen der Gesamtbevölkerung ohne Unterschied der Nationalität Rechnung zu tragen. Sie begrüßt die Erklärungen des Ministerpräsidenten, welche eine wesentlich stärkere Aktivität unserer Wirtschaftspolitik durch

energische Förderung des Exportes und planmäßige Arbeitsbeschaffung ankündigen und erblickt in der inwäsenden erfolgreichen Einsetzung einer Regionalkommission den ersten Schritt auf diesem Wege.

Sie erwartet aber zuversichtlich, daß es auch zur Schaffung von Kommissionen ganz besonders in dem nördlichen Teile Mährens-Schlesien kommen wird.

Sie begrüßt die unermüdeten Bestrebungen der sozialistischen Minister im Kampfe gegen die Teuerung und nimmt die Zusage der Einfuhr von Rindvieh, die nach den bisherigen Versuchen allerdings unzureichende Erhöhung des Kunststoffsinnens und die normale Regelung der Kohlenpreise als ersten Erfolg dieses Kampfes zur Kenntnis, indem sie zugleich ausdrückt, daß dieser Kampf weiterhin mit Energie fortgesetzt werden muß.

## Roter Grenztag in Neuern

Gemeinsame deutsch-tschechische Kundgebung 3000 Freiheitskämpfer unter roten Fahnen

Das kleine, saubere Böhmerwaldstädtchen Neuern hatte am Sonntag einen großen Tag. Die rührige sozialdemokratische Bewegung des Bezirkes hatte zu einem roten Grenztag aufgerufen. Im Zeichen republikanischer Solidarität nahmen stärkere Abordnungen der tschechischen Genossen aus Lattau, Taus und Schüttenhofen daran teil. Bis aus Bergreichenstein und aus dem Wischofstein Gebiet waren trotz der schlechten Straßenverhältnisse kleinere Gruppen unserer Genossen zu Rad erschienen. Die Gäste wurden von der Neuerner Arbeiterschaft mit Musikpfeifen vom Bahnhof abgeholt. Gegen elf Uhr vormittags marschierte der Demonstrationstrupp auf dem Marktplatz ein. Neben den kampferprobten Bataillonen unserer Böhmerwald-Proteten fiel die erfreulich starke Beteiligung der Frauen, der sozialistischen und der Jugend auf.

Genosse Zettel eröffnete die Kundgebung der dreitausend roten Freiheitskämpfer. Für unsere Partei sprach Genosse Zatsch. Er nahm Bezug auf die letzten politischen Jagden in Karpatenland und hob hervor, daß sich an den

Die Konferenz wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Vorkläge auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge, welche das Finanzministerium unter Verletzung seiner Kompetenz an die Öffentlichkeit gebracht hat. Sie ist überzeugt, daß die sozialistischen Regierungsmitglieder eine Verschlechterung der Arbeitslosenfürsorge, die im Gegenteil des Ausmaßes bedarf, nicht zulassen werden. Sie fordert die Durchführung einer Rotenaktion in den Wintermonaten, und zwar in einem gegenüber dem Vorjahre wesentlich gesteigerten Ausmaß.

Indem die Konferenz den sozialistischen Ministern, vor allem unseren Genossen Dr. Czech, den Dank für ihre Arbeit und ihr volles Vertrauen ausdrückt, ruft sie alle arbeitenden Menschen auf, diese Arbeit durch Stärkung der sozialistischen Kampfreihen zu fördern.

Der Gehang der „Internationale“ beendete die Tagung, von der gewiß ein neuer Aufstieg der nordmährischen Sozialdemokratie ausgehen wird.

Wesengrenzen der Republik deutsche und tschechische Proletariat nicht scheuen, beim hellen Licht des Tages gemeinsam zu demonstrieren. Redner befaßte sich auch mit dem bürgerlichen Gerede über die sogenannte „bolschewistische Gefahr“ und erklärte:

„Das beste Mittel gegen den Bolschewismus ist Brot und Arbeit für das Volk. Wenn unser Bürgertum Angst vor der Ausbreitung bolschewistischer Ideen hat, dann soll es uns in dem Kampfe um die Bänderung des Glanzes der Arbeitslosen nicht allein lassen.“

Der tschechische Referent Genosse Chlora-Prag würdigte mit herzlichen Worten den schweren Kampf der deutschen sozialistischen Bewegung an den Grenzen der Republik.

Kreissekretär Genosse Wanla konnte in einem kernigen Schlusswort feststellen, daß Neuern nicht enttäuscht habe. Die mit der Staatschimme eingeleitete und mit der „Internationale“ geschlossene Kundgebung war ein Symbol der ungebrochenen Kraft und des tapferen Kampfes unserer roten Vorposten im Böhmerwald.

## Die geheimnisvolle Sechsmillionen-Schuld der SDP

Sasum weicht nicht zurück / Jonak verhandelte mit der Opposition Ein Urteil über Henlein: „Ich glaube, er ist nicht mehr zu halten“

Unsere Veröffentlichungen über die neuen Zustände innerhalb der SDP erfreuen sich eines steigenden Interesses vor allem unter den seinerzeitigen Anhängern des Herrn Henlein. Aus mehreren Gebieten kommen uns Mitteilungen zu, daß diese Enttäuschungen der sozialdemokratischen Presse ehrlich dankbar sind, weil sie nur durch sie die volle, die niederschmetternde Wahrheit über die Verhältnisse in der eigenen Partei erfahren konnten. Die Größe unseres publizistischen Erfolges drückt sich vor allem darin aus, daß es der SDP-Führung nicht gelungen ist, unsere Enthüllungen zu übergehen. Unter dem Druck der wachsenden Erbitterung in den eigenen Reihen mußte sie nach zwölfstündigem Schweigen in der „Zeit“ das Wort zu einem zähen Angriff auf Herrn Sasum ergreifen. Man war nun gespannt, ob sich Herr Sasum auf die Rückzugslinie drängen läßt. Insbesondere legten die Mitglieder der SDP großen Wert darauf, zu erfahren, was es mit dem behaupteten Sechsmillionen-Darlehen einer Versicherungsgesellschaft an die SDP und mit den hohen Lebensversicherungen einiger ihrer Führer für eine Bewandnis hat.

Die Antwort des Herrn Sasum ist Samstag in einigen Blättern abgedruckt worden. Sie ist in einem sehr selbstbewußten Tone gehalten. Sasum stellt fest, daß der Spruch des Ehrengerichtes gegen Dr. Brand durch die Schuld Konrad Henleins zu einem Politikum gemacht wurde. Auch in Abwehr der folgenden Angriffe habe das Ehrengericht die Grenzen so eng gezogen, „daß weite Schichten der sudetendeutschen Öffentlichkeit das dringende Verlangen nach Klarstellung des inneren Sachverhaltes empfanden.“ Sasum fährt dann in seiner Antwort fort:

Wenn ich auch, getreu meiner Einstellung, keine öffentliche Stellung nehmen konnte, so war es selbstverständlich, daß ich die zahlreichen und sehr christlichen Anfragen beantwortet habe. So geschah es auch mit der ausführlichen Anfrage meines besten Freundes Ing. Rahnosek. Meine ihm gemachten Darlegungen sind der Niederschlag des Eindruckes, den ich im Ehrengerichtungsverfahren erhalten mußte, und der Ausdruck jener Stimmung und Haltung, in die mich die damaligen Angriffe auf das Ehrengericht

und meine Person, die auch meinen Austritt aus der Partei brachten, verlegen mußten.

Sasum erinnert schließlich Herrn Henlein daran, daß er sich am 16. September dem Schiedsgericht des Ehrengerichtes unterworfen hat, obwohl damals seine brieflichen Äußerungen aus unseren Veröffentlichungen vom 12. und 15. September bereits bekannt waren. Mit dieser noch immer sehr zurückhaltenden Antwort wird Henlein zu verstehen gegeben, die Sache im eigenen Interesse lieber auf sich beruhen zu lassen. Der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen, daß Sasum auf Grund seiner Kenntnis der diversen Partei-Internas soweran darüber entscheiden kann, ob eine Reihe von Personen ihre politische Laufbahn befehlen müssen oder beantragt werden. Deshalb sind auch die umstrittenen Kameradschaftsbündler vor der Drohung des Schiedsgerichtes, die Zeugenaussagen zu veröffentlichen, zusammengelappt und haben sich schließlich zur Anerkennung des Schuldpruches bereitgefunden. Heute wissen wir, daß Herr Henlein vor dem Schiedsgericht kapitulieren mußte, weil er mit seiner Liebe für Dr. Brand in seiner Hochburg sich selbst vereinnahmt war. Wir glauben den Wunsch vieler SDP-Mitglieder nach näherer Kenntnis der Zusammenhänge zu entsprechen, wenn wir noch eine ausführliche Stelle aus dem Schreiben eines Ehrengerichtes vom 31. Juli nachtragen:

„Dr. J. (Jonak) hat bereits grundsätzlich zugesagt, doch hat es die andere Seite plötzlich nicht mehr so eilig. Er war jetzt einige Tage in Prag und man muß etwas geben, daher auch mit den Hebeln-Führungen. Ich habe auch einige längere Ausreden und konnte ihn auf einige Dinge (Sasum) aufmerksam machen. Ich habe den Eindruck, daß er die Krise ziemlich voll hat. So wollte er unbedingt, daß R. G. (Konrad Henlein; die Red.) seinen Frieden mit dem E. G. (Ehrengericht; die Red.) schon heute schließt — und es kam auch heute die Abgabe — aus technischen Gründen, da R. G. eine andere Unterredung bereits zugesagt hat. So fährt R. G. mit diesem ungelösten Problem

weg — und wird sich recht wundern. Ich glaube er ist nicht mehr zu halten. Aus R. G. bekam ich eine Vertrauensklage (für das Ehrengericht! Die Red.), zugleich eine Beschwerde über die Haltung des R. G. alle eintritt. Bitte behalte die Sache im Auge. Das geht natürlich nicht. Mit R. G. muß ebenfalls Schluss gemacht werden. Das E. G. verlangt den Ausschluß Rottels und eines Dr. Tausch, Bezirksleiter von Auffig, aus der Partei, da diese beiden das E. G. gründlich beschimpft haben.“

Außer diesen pikanten Einzelheiten erfährt man noch aus dem Schreiben, daß dem Dr. Jonak eine neue Hauptleitung von acht Mann vorschwebt, „darunter Kasper, Krejci von der Opposition“. Damit aber das sudetendeutsche Volk nicht seines ganzen „Staatsstandes“ verlustig gehe, will Jonak von den R. G.-Brüdern unbedingt Kuzl in die Hauptleitung nehmen. „Alles Wüstenräume einer kleinen Provinz, wie sich Dr. Neuwirth ausdrückte.“

So weit, so gut. Wir wollen nicht mit dem Provinzadvokaten Dr. Neuwirth darüber rechten, wo er die Ämtern eines Großhändlers hergenommen hat. Darüber mag sich Dr. Jonak mit ihm unterhalten.

Von politischem Interesse ist jedenfalls die Konstatierung dieses Eingeweihten, daß sich in R. G. nach dem Spruch des Ehrengerichtes nur noch ein einziger Getreuer fand, der sich, allerdings nur „passiv“, für Konrad Henlein einsetzte. Das Ehrengericht aber bekam aus R. G. Vertrauensklagen. So weit ist es also mit der Führertätigkeit des Herrn Konrad schon gekommen. Jetzt verstehen wir seine Kapitulation vor dem Ehrengericht. Und seine Scheu davor, auf das Thema noch einmal zurückzukommen. Wir fürchten sehr, daß die sudetendeutsche Öffentlichkeit nie erfahren wird, was es mit dem rätselhaften Sechsmillionen-Darlehen für eine tiefere Bewandnis hat.

## Aufstieg der Partei in Südmähren

Eine schöne Bezirkskundgebung in Josowitz

Am Sonntag, den 27. September, fand in Josowitz eine Bezirkskundgebung unserer Partei statt, die ausgezeichnet besucht war. Die Arbeiter von J. n. a. m. und aus allen Dörfern der Umgebung hatten sich wesentlich zahlreicher als bei früheren Parteiveranstaltungen in Josowitz eingefunden. Die sonntägige Kundgebung war zweifelsohne die weitestläufigste Kundgebung unserer Partei, die jemals in Josowitz stattgefunden hat. An unserem Demonstrationstrupp beteiligten sich mehr Menschen als an dem Marschzug der Henleinisten, der ebenfalls eine Bezirksveranstaltung war. Auf dem Hauptplatz in Josowitz wurde die Festversammlung abgehalten, an der mindestens 1000 Personen teilnahmen. Abg. Genosse Krejci und Bezirksvertrauensmann Genosse Urbanc besprachen die Forderungen der Arbeiter und Kleinbauern. Ihre Reden fanden lebhafteste Zustimmung. Die Josowitziger Bezirkskundgebung hat bewiesen, daß die Arbeiter und Kleinbauern Südmährens fester denn je zur Sozialdemokratie stehen und daß unsere Partei auch in diesem agrarischen Gebiete in einem erfreulichen Aufstiege ist. Dieser Aufstieg drückt sich am besten darin aus, daß im Verlaufe des letzten Jahres die Leserzahl des Parteiuochenblattes „Vollwille“ mehr als verdreifacht wurde. Auch die Zahl der Parteimitglieder hat sich mehr als verdoppelt. Der Sozialismus ist trotz des Schwaches der Henleinianer vom Niedergang des Marxismus auch in den Städten und Dörfern Südmährens im Vormarsch. Der Henleinfaschismus aber hat seine Anhänger bitter enttäuscht und befindet sich in raschem Niedergang.

## Teplitzer Kreistagung der Angestellten

Die am Sonntag, den 27. September, im Saale des Seemannsrestaurants in Teplitz-Schönau abgehaltene Konferenz des Arbeitskreises Aufstiegs-Teplitz des Allgemeinen Angestelltenverbandes nahm zur Koststumptheit, zur Förderung der Exportindustrie und zu sonstigen aktuellen Problemen unserer Industriewirtschaft neben der Behandlung sozialpolitischer Probleme Stellung. Die Tagung sprach sich gegen die Arbeitsvermittlungsbürokratie aus, weil diese den Bedürfnissen des Angestelltenberufes in keiner Weise Rechnung trägt, fordert Krisenhilfe für ältere existenzgefährdete Angestellte, verlangt die Vollaufwertung der österreichischen Versicherungszeit, die Aufhebung der Höchstentgelt gemäß § 24 des Pensionsversicherungsgesetzes und fordert die ganzstaatliche Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Die Organisationsaufgaben beleuchtete Verbandsobmann Franz Kirchof, Reichenberg, der gesteigertes Interesse zu den aktuellen Tagesfragen der Angestellten registrierte. Der Teplitzer Sekretär E. F. Bloß konnte über den steten Mitgliederzuwachs und das wachsende Vertrauen aller Angestellten zur deutschen freigewerkschaftlichen Organisation berichten. Die Sicherung des deutschen Arbeitsplatzes wurde gründlich diskutiert, wobei die entsprechenden Abwehrmaßnahmen beschlossen wurden.



# Erntedankfest in Saaz

### Kundgebung des Bundes der Landwirte

Der Bund der Landwirte hatte seine Anhänger für Samstag und Sonntag zu einem Erntedankfest nach Saaz zusammenberufen. Samstag vormittags tagten die verschiedenen Kommissionen, die entsprechende Entschlüsse fassen. In der Wirtschaftskommission sprach der Präsident der Getreidewerkschaftsgesellschaft Dr. Feierabend, der sich mit Entschiedenheit für den Weiterbestand des Getreidemonopols einsetzte. Am Nachmittag fand sodann eine Gesamtsitzung statt, in welcher der Parteiohmann Gustav Hader sprach.

Sonntag vormittags fand am dem Saazer Marktplatz eine Feldmesse statt, nachmittags sammelten sich die Abordnungen aus allen Bezirken zu einem Umzug, an dem laufende von Menschen teilnahmen. Man sah da die Vertreter einzelner Ortschaften in ihren malerischen bäuerlichen Trachten, Bauernkreisel, die jungen Burschen in Grünhemden, die jungen Mädchen in grünen Dirndeln. Der Zug bewegte sich zum Festplatz, auf dem ein Massenmeeting stattfand. Nach dem Bürgermeister von Saaz, der die Erschienenen begrüßte, sprach zuerst Landwirtschaftsminister Dr. Jadin, der erklärte, die tschechische Agrarpartei wolle mit dem Bunde der Landwirte gemeinsam vorgehen. Von den Forderungen der Landwirte steht jetzt die Entschuldung der Landwirtschaft im Vordergrund. In nationaler Beziehung befenne sich die Partei des Redners zu völliger Gleichberechtigung der Völker im Staate. Dann sprach Minister Spina. Er führte aus, daß die Bauernschaft heute einer der stärksten, aktivsten politischen „Willensträger der modernen Volksherrschaft, der modernen Demokratie geworden“ ist, die Agrardemokratie sei für die Bauern ein kostbares Gut. „Für uns als Minderheit im Staate“, so sagte Spina wörtlich, „ist die Demokratie nicht nur aus gesinnungsmäßigen, sondern auch aus völkischen Gründen eine Lebensnotwendigkeit. Wehe dem Schicksal des Sudetendeutschums, wenn darüber ein tschechischer Faschismus entscheiden sollte“. Der Bund der Landwirte sei eine Partei der Mitte, sie wolle keinen Kampf zwischen rechts und links. Wegen die SDP gewandt, meinte der Minister, in ihrem Wirken gebe sich tatsächlich eine Totalität kund, nämlich „die Totalität“ des Mißerfolges, der politischen Einflußlosigkeit“. Der Minister schloß damit, daß die Demokratie die Lösung der heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisis sein müsse. Letzter Redner war Gustav Hader. Er hob hervor, daß die letzten Kundgebungen des Staatspräsidenten sowie des Ministerpräsidenten nicht nur an die Deutschen, sondern auch — so verteidigte er es wenigstens — an die Tschechen gerichtet waren. „Mit diesen bedeutsamen Kundgebungen haben beide Staatsmänner anerkannt, daß nicht nur eine Pflicht zur Loyalität unferseits, sondern auch seitens des Staates und dem gesamten Sudetendeutschum, gegenüber besteht... Der sudetendeutsche Aktivismus beginnt seine zweite Epoche; in diesem zweiten Abschnitt handelt es sich um das, was man die Folgerungen aus erfüllter Pflicht und gegenüber zieht.“ Dazu müssen die Organe der staatlichen Verwaltung Gerechtigkeitssinn und nationale Ueberparteilichkeit bekunden, es dürfe nicht mehr möglich sein, selbstverständliche Volksrechte ungestraft zu verletzen. Bemerkenswert war, daß sich Hader zum Schluß auch für die Lösung der Arbeitslosenfrage einsetzte, „die auf uns Deutschen am meisten laftet“.

Die Kundgebung hat jedenfalls gezeigt, daß es der SDP nicht, wie ihre Absicht war, gelungen ist, den Bund der Landwirte aus dem politischen Leben des Sudetendeutschums auszuschalten.

Eine Entscheidung — so wollen wir die Bemerkung nennen, die sich Herr Senator Stöhr auf der Landvolksversammlung in Saaz geleistet hat und mit der er aus dem Rahmen dieser

# Dr. Krofta zur Paktrevision

Genf. Außenminister Dr. Krofta präzierte am Dienstag vor dem Völkerverbundplenum den Standpunkt der Kleinen Entente zur Reform des Völkerverbundes. Er sagte u. a.: Die Staaten der Kleinen Entente glauben, daß es nicht am Platze ist, gegenwärtig den Völkerverbund mit Rücksicht auf die bisherigen Erfahrungen zu ändern. Hinsichtlich der Anwendung des Artikels 16 (Sanktionen) haben uns die Ereignisse zu der Feststellung gelangen lassen, daß einerseits die Finanz- und Wirtschaftsmassnahmen nicht genügen und daß andererseits die Völker nicht immer bereit sind, an militärischen Massnahmen teilzunehmen, wenn ihre Lebensinteressen nicht gefährdet sind. Daher ist es notwendig, die Anwendung des Artikels 16 diesem Stand der Dinge anzupassen, damit von Anfang an die Mitwirkung jener Staaten gesichert wird, deren Lebensinteressen durch eine Verletzung

der Paktverpflichtungen bedroht würden. Dies läßt sich am sichersten durch Regionalverträge und durch die Organisierung neuer Abkommen erzielen.

Die Kleine Entente will selbstverständlich alle Garantien erhalten, welche ihr die gegenwärtigen Bestimmungen des Paktes gewähren. Sie wird weder Änderungen, noch Auslegungen annehmen, deren Folge wäre, daß der Kleinen Entente Beschlüsse aufgezwungen würden, mit denen sie nicht übereinstimmt.

Bezüglich Artikel 19, der die Revision behandelt, betonte Minister Dr. Krofta, die Doktrin der Kleinen Entente sei allzu bekannt als daß er sie ausführlich darlegen müsse. Die Kleine Entente ist überzeugt, daß keine Änderung möglich ist ohne die freie und formale Einwilligung der interessierten Parteien.

Kundgebung fiel. Senator Stöhr nahm dort laut Pressebericht — „scharf Stellung gegen die Linksparteien“, die nach seiner Meinung nur haben wollen, „daß man ein Schnitzmesser wie ein Axtschädel, um 1 Kč erhält“. Ohne mit Herrn Stöhr über rednerischen Geschmack streiten zu wollen, müssen wir ihm doch sagen, daß die soziale Unbestimmtheit, die er da zum Ausdruck brachte, die Arbeiter und die Arbeitslosen erregen und abstoßen dürfte. Herrn Stöhrs Bemerkung wirkt angesichts der Tatsache, daß zehntausende Proletarier seit Jahren das Schnitzmesser nur vom Hörensagen kennen, zynisch. Es wird gut sein, wenn dieser Völkerverbund seine Zunge doch mehr zu zügeln versuchen wird!

Namensgleichheit. Zu der Warnung der „Kampf“, die wir vorige Woche veröffentlichten, ist mitzuteilen, daß der für die Zeitschrift „Der Kampf“ arbeitende Vertreter Josef Schwaiger, gegen den die Warnung erlassen war, mit dem Inzeratendirektor gleichen Namens des Inzeraten- und Reklamebüros Oskar Reim in Prag nicht identisch ist.

Auffiß Bürgermeister im Rundfunk. Der Bürgermeister der Stadt Auffiß, Genosse Leopold Bögl, wird am 9. Oktober im Rahmen der Prager deutschen Sendung zu Wort kommen.

Der Völkerverbund verliert ein Mitglied... In Johannesburg verübte ein junger Mensch, der 18jährige Väterlehrer H. Selbstmord. In einer Sandgrube jagte er sich eine Kugel in die Brust. Bei dem Toten wurde ein Schreiben gefunden, das amtlich geöffnet wurde. Den Hauptgrund zu seinem Selbstmord, so schrieb der junge Mann, wolle er nicht anführen, er bitte nur, den „Bund der Deutschen“ zu verständigen, daß er ein Mitglied verloren habe...!

Kurz über Gebührenrecht. Der Einheitsverband der Privatangehörigen veranstaltet unter Leitung des Finanz-Direktors Dr. Hiza einen Kurs über Gebührenrecht. Kursteilnehmer können am 5. Oktober um halb 20 Uhr im Saal des Einheitsverbandes (II., Ra Hofenc 18) im Rahmen eines Informationsabends zusammen.

Eine mysteriöse Angelegenheit beschäftigt die Brüger Kriminalpolizei. Bei der in Hudelesdorf wohnhaften Witwe Anna Moravice wollte sich ein Mann einmieten, der vorgab, Angestellter des Brüger Elektrizitätswerkes zu sein. Die Frau sagte ihm zu. Während sie in den nächsten Laden ging, um dem neuen Mieter ein Nachtmahl zu besorgen, gab dieser den Kindern, der sechsjährigen Jdenla und der vierjährigen Jasta aus einer Flasche, die er mit sich hatte, zu trinken. Der Unbekannte starfte den Kindern ein, niemanden etwas zu sagen. Als der Mann weggegangen war, wurden die Kinder von Uebelkeiten und

furchtbaren Schmerzen befallen. Die Frau ließ die vor Schmerzen beweglos gewordenen Kinder ins Krankenhaus bringen, wo eine Vergiftung festgestellt wurde. Nachdem den Kindern ärztliche Hilfe zu teil geworden war, erholten sie sich und erzählten den Vorgang. Man vermutet, daß es sich entweder um die Tat eines Sadisten oder um einen Racheakt handelt. Die Nachforschungen nach dem Unbekannten blieben bis jetzt erfolglos. Das Befinden der Kinder hat sich gebessert.

Beethoven-Gedenktafel-Entscheidung in Karlsbad. Im Rahmen einer schlichten Feier wurde am Sonntag vormittags die von der Ortsgruppe Karlsbad des Deutschen Musikpädagogischen Verbandes zur Erinnerung an den Aufenthalt Beethovens in Karlsbad, im Jahre 1819 gewidmete Gedenktafel am Hause „Auge Gottes“ enthüllt. Zu der Feier hatten sich etwa 600 Menschen eingefunden.

Gratky erhält ein neues Postamt. Endlich soll die Stadt Gratky ein ihrer Größe und industriellen Bedeutung entsprechendes Postamt erhalten; die dieser Tage durchgeführte Baukommission, an welcher Vertreter der Postdirektion Prag und der Stadtgemeinde teilnahmen, hat die in Aussicht genommene Baustelle für geeignet befunden, und da auch von den Anrainern keine Einwendungen erhoben wurden, die Baupläne bereits genehmigt sind, ist nunmehr die Bauausführung erfolgt und es wird nach Maßgabe der Witterung voraussichtlich noch in diesem Jahre mit der Errichtung des Objektes begonnen werden.

Die deutschen Musikstaatprüfungen für den Privatunterricht finden am 18. November im Gebäude der Deutschen Musikakademie, Prag II., Vladislava 23, statt. Anmeldeformulare gegen Voreinsendung der Einschreibgebühr von 21 Kč bei der Direktion. Ende der Einschreibfrist: 30. Oktober. — Die Staatsprüfung für das Lehramt der Musik und des Gesanges an Lehrerbildungsanstalten und für das Lehramt des Gesanges an Mittelschulen finden Mitte Dezember I. J. statt. Anmeldungen sind bis zum 15. Oktober an obgenannte Kommission, Prag II., Vladislava 23, zu senden.

## Japanische Note an Nanking

Schanghai. Der japanische Generalkonsul in Nanking überreichte im Auftrage seiner Regierung im Außenministerium eine Note, in der die Aufmerksamkeit der chinesischen Regierung auf die jüngsten Zwischenfälle in Hankau und Schanghai gelenkt wird. Die Note enthält auch die Forderung an Nanking, die Garantie gegen eine Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle zu übernehmen.

# Brief an den Zeitspiegel

Ein Genosse Lehrer schreibt uns:

Das Schulministerium läßt bekanntlich aus seinem Amtsblatte, dem „Věstník ministerstva školství a národní osvěty“, einen deutschen Auszug erscheinen, der an erster Stelle die Gesetze, Verordnungen, Kundmachungen und Erlasse dieser Zentralstelle enthält. So dankenswert diese Übersetzungen sind, so bedauerlich ist die Mißhandlung, die sich die deutsche Sprache gelegentlich hier gefallen lassen muß. Nicht bloß, daß der „Auszug“ allzu häufig grammatische Fehler aufweist — sein Text leidet nicht selten auch an einer peinlichen Zweideutigkeit oder Unverständlichkeit des Ausdrucks, der deutlich verrät, daß einzelne von den Beamten, denen diese Übersetzungsarbeiten anvertraut sind, die deutsche Sprache durchaus nicht in dem für ihre Aufgabe erforderlichen Ausmaße beherrschen. Es wären gewiß unschwer Kräfte ausfindig zu machen, die des Tschechischen wie des Deutschen derart mächtig sind, daß von ihnen einwandfreie Übersetzungen aus der Staatssprache erwartet werden können.

## Oesterreich soll „sturmreif“ werden

### Die Bemühungen der Nazi

W. Die österreichischen Nationalsozialisten verbieten durch Plüsterpropaganda, daß angeblich „Aufschlüsse“ der österreichischen Kommunisten bevorstünden und daß Terrorakte zu erwarten seien. Der „Nachrichtendienst“ der österreichischen SS freut das gleiche Gerücht aus und bemerkt dazu, daß dann eine Intervention des Auslandes (1) unumgänglich nötig sein werde! Dadurch werde aber die österreichische Frage mit einem Male geklärt (1) werden. Was geht da vor? Will man damit auf eigene Sprengstoffanschläge, wie sie wieder aufzuleben scheinen, vorbereiten, um sie anderen in die Schuhe zu schieben? Sucht man nach einer Art österreichischem Reichstagsbrand? Soll die antibolschewistische Intervention, die Hitler in Nürnberg anführte, auf Oesterreich gemünzt sein? Jeder weiß, daß es in Oesterreich nur eine Handvoll Kommunisten gibt, und seitdem sie für die Demokratie eintreten, sind es nicht mehr geworden. Was führen also die Nationalsozialisten wieder im Schilde?

## In Kürze:

Berlin. Die diesjährige deutsche Ernte wird nach den bisherigen Schätzungen erheblich niedriger als im Vorjahre sein. Einem Getreideverbrauch von 5,8 Millionen Tonnen im Jahre 1935/36 steht eine Ernte von nur 4,61 Millionen Tonnen gegenüber, einem Futtermittelbedarf von 10,35 Millionen Tonnen eine Ernte von nur 8,7 Millionen Tonnen.

Dresden. Im Konzentrationslager Lichtenberg wurde der frühere kommunistische Stadtverordnete Eltsch durch einen Kopfschuß getötet.

Berlin. In der Nähe des alten Konzentrationslagers Oranienburg wird ein neues Lager gebaut, das für 4000 politische Gefangene bestimmt ist. Kamas. Der ungarische Journalist Szell, dessen Veröffentlichungen über die nichtarische Abstammung von Alfred Rosenberg großes Aufsehen erregten, ist als lästiger Ausländer aus Litauen ausgewiesen worden.

London. Nach Meldungen aus Spanisch-Marokko wurde in Ben Gari bei Tetuan von General Franco ein Konzentrationslager errichtet, um des Widerstandes der Eingeborenen Herr zu werden. In den letzten Tagen wurde 15 Maids (Stammeshäuptlinge) erschossen, weil sie sich weigerten, die Rekrutierungskampagne zu unterstützen.

# Amerika im Wahlieber

c. c. (New York). Am 6. November ist Election Day. Kalendermäßig jedes Jahr derselbe Tag. Immer scheiden irgendwelche Erwählte aus. Jeder um Jahr müssen neue gewählt werden. So ist dafür ein eigener Tag bestimmt. Er ist ein Feiertag. Jeder soll zur Ausübung seiner politischen Rechte Zeit haben.

Sonst stehen am 6. November einzelne Präsidenten der 48 Staaten, die Gouverneure zur Wahl, oder Senatoren, Mitglieder des Repräsentantenhauses (des Kongresses), Stadterordnete, Stadt- und County Räte, die Vertreter des Schulwesens, des öffentlichen Gutes, der Wohlfahrt und der anderen Zweige öffentlichen Dienstes. Diesmal aber muß der Präsident selbst gewählt werden. Und an der Spitze der Bewerber um dieses höchste Amt, das Amerika zu vergeben hat, steht der bisherige Präsident Franklin Delano Roosevelt. Er ist der Kandidat der Demokraten, worunter man nicht eine schlagfähige Partei nach europäischen Begriffen verstehen darf. Die demokratische ist ebenso wie die republikanische Partei eine kapitalistische in der Auffassung der europäischen Sozialisten und beide Parteien verschwimmen oft so ineinander, daß schwer die Grenze zu ziehen ist, ja oft unmöglich. In der Tat treten jetzt auch hervorragende Republikaner in das Lager Hearsts, des ungekrönten Zeitungsherrn von Amerika, bei den Gouverneuren von Arkansas, Louisiana, auf deren Schild erhoben hat und

Tag um Tag in seinen hundert großen Zeitungen, in seinen Magazinen, in seinen Radiostationen anpreisen läßt. Dann hat sich diesmal noch eine dritte Partei aufgetan und auf einer Konvention, wie hier die Parteikongresse heißen, den Repräsentanten Lemle als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Diese dritte ist die Partei der Kleinbürgerlichen Unzufriedenheit, der demagogischen, meist gewollten Unklarheit, aber auch der gutgemeinten frommen Wünsche und Pläne, die breiten Massen aus dem Wirrwarr der kapitalistischen Mißordnung herauszuführen. Diese Partei nennt sich die Unionpartei. Eine schriftliche Probeabstimmung ergab für sie nahezu fünf Prozent der Wählerstimmen. Ihrem Hauptstreiter, dem katholischen Vater Couglins, wurde indes jetzt schon von Rom aus das Handwehler gelegt. Wahrscheinlich sieht der heilige Stuhl die Zeit noch nicht gekommen, wo man die katholische Kirche für das phrasenreiche Programm Couglins, ein Programm von ungefähre hitlerischer Klarheit, mitverantwortlich machen kann. So wurde also dem selbsthätigen Radiodemagogen Amerikas, der auch immer wieder auf der Filmleinwand erscheint, zunächst von seinem Bischof bedeutet, daß er sich von politischen Reden fernzuhalten habe... Und er schweigt.

... Mut zeigt auch der Wamelus, Gehorham ist des Christen Schmutz.

Die vierte Partei, die selbstamerweise — eigentlich ist es Logisch — Hearst, der Schlammstoffer alles dessen, was er „tot“ nennt, mit Freuden schon jetzt in seine Siegesrechnung für die Republikaner einschließt, ist die sozialistische, deren Kandidat Norman Thomas ist. Sie erhielt bei der Abstimmungs-

probe 1,5 Prozent aller Wählerstimmen. Und Hearst jubelt heute schon und prophezeit vor seiner Ferienpagierfahrt nach Europa den Sieg Landon über Roosevelt, den Sieg der Großkapitalisten über die fortschrittlichen Demokraten, als deren erklärter Führer man Roosevelt ansprechen kann, wenn man die Persönlichkeit und das Wollen Roosevelts der europäischen politischen Denkweise in Parteien näher bringen will. Hearst hofft, daß die rund sechs Prozent der Wählerstimmen der Kleinbürger (Couglins, des Dr. Koppsend mit seinem 200 Dollar Monatspensionsplan für jeden 60jährigen Amerikaner, den Wollpfeifen und anderen Unzufriedenen) und der Sozialisten dem Wallstreetmann indirekt zugute kommen werden, indem diese den Republikanern absolut feindlichen Stimmen Roosevelt entgegen werden. Und diese Rechnung stimmt. Diese Stimmen gehen nur Roosevelt verloren. Ob der Verlust ausreichen wird, den Sieg des „Arbeiterfreundes“ Landon, als der er lässlich gepriesen wird, herbeizuführen, ist eine andere Sache. Jedenfalls lassen sich die Demokraten durch die Prophezeiung Hearsts nicht bange machen.

Nun aber die Sozialisten. Sie stehen vor schweren Entscheidungen. Im Sinne der straff durchorganisierten sozialistischen Arbeiterparteien Europas gibt es in Amerika überhaupt keine sozialistische Arbeiterpartei. Was sich so nennt und auf der Konvention in Detroit (1934) für ganz Amerika 28.000 Mitglieder auswies, in seinem dort mit Mehrheit beschlossenen reichlich radikalen Programm aber so tat, als stünden wirklich die Massen hinter ihr, das kann mit den Augen des europäischen Sozialisten keineswegs als eine sozialistische Massenpartei angesehen werden. Von den etwa 80 Millionen, die ihrer

Klassenlage nach zur Arbeiterklasse zu rechnen sind, sind nur dreieinhalb Millionen — also etwa jeder Zehnte — gewerkschaftlich organisiert. Abnorm 28.000, also eine Arbeiterpartei angesprochen werden? Das erste Urteil, das der aus Europa ankomme Sozialist hierzulande hört, ist das oft zitierte: „Die amerikanische sozialistische Partei ist eine Partei der geistigen Arbeiter; die Massen fehlen ihr.“ Auf große Zahlen gebracht, heißt das: In Amerika ist jeder zehnte Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, jeder tausendste politisch als Sozialist.

Das war der Stand von 1934. Seither hat nach langer öffentlicher Diskussion die Partei eine neuerliche sehr bedenkliche Schwächung erfahren durch ihre Spaltung in die von Norman Thomas geführte linke Gruppe und in die alte Sozialist Party, die ihren größten Anhang in New York hat und etwa die Hälfte der europäischen sozialdemokratischen Parteien einhält. Norman Thomas, ein ehemaliger Prediger, ist ein ausgezeichnete Redner, er schreibt fleißig Artikel und Bücher, die ihm seinen Lebensunterhalt einbringen müssen, aber ob er auch ein Führer ist, das wird die Zukunft entscheiden. Das politische Herz der W. S. ist Washington. In diesem Sitz aller Politik in Amerika hat wieder die alte, noch die neue Sozialist Party von Amerika ein Büro, einen Gesandten der Arbeiterklasse. Die W. S. of A., die von William Green geführte Vereinigung der amerikanischen Gewerkschaften hat in Washington ihren Sitz. Darum haben auch die Gewerkschaften wenigstens einigen Einfluß auf die Politik Amerikas. Sie stehen



# Volksfront-Mehrheit für Devaluation

Paris. Die Kammer nahm Dienstag vor 11 Uhr nach 24stündiger fast ununterbrochener Debatte das neue Währungsgezet mit 350 gegen 221 Stimmen an. Ministerpräsident Léon Blum hielt in den Morgenstunden eine Rede, in welcher er die Bedeutung der französisch-englisch-amerikanischen Vereinbarung, betreffend die Zusammenarbeit auf dem Währungs- und wirtschaftlichen Gebiete hervorhob und die Hoffnung ausdrückte, daß dieser Vereinbarung der drei Regierungen binnen kurzem sich auch die übrigen Staaten anschließen werden.

Die Regierung sei im Interesse der sozialen Beruhigung des Landes der von den Linksparteien vorgeschlagenen Lösung beigetreten, durch welche die vorgeschlagene automatische Erhöhung der Löhne infolge einer Preissteigerung durch die Regierung zu erteilende Befugnis, die Bekämpfung der Teuerung in verschärfter Weise vorzunehmen, ersetzt werde.

Unter dem Einflusse dieser Entscheidung schloß sich die Majorität der Volksfront sowohl auf der äußersten Linken unter den Kommunisten als auch auf der Rechten unter den Radikalen zusammen. Mit Rücksicht auf die Verlängerung der Kammerdebatte wird der Senat die Debatte über die Regierungsvorlage erst Mittwoch vormittags beginnen. Kleinere Änderungen durch den Senat sind nicht unwahrscheinlich.

## Schweiz devalviert um 30 Prozent

Die Schweiz führt eine Devaluierung des Franken um 30 Prozent durch. Der Bundesrat genehmigte Sonntag abends zwei Anträge, deren erster Währungsmaßnahmen, und deren zweiter Maßnahmen gegen eine Preissteigerung betrifft. Die Nationalbank wurde durch den ersten Beschluß angewiesen, den Goldwert des Franken zwischen 190 und 215 Milligramm Feingold zu halten, was einer Abwertung um 30 Prozent entspricht. Durch den zweiten Beschluß wird es unterzagt, die Groß- und Detailpreise jeder Art von Waren, die Tarife für Hotels, Gas, Elektrizität, Honorare, ferner Miet- und Pachtzinse ohne Genehmigung zu erhöhen.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund erklärt die Abwertung als eine unumgängliche Maßnahme. Der Ständerat nahm den Bundesbeschluß mit allen gegen zwei Stimmen an.

## Goldausfuhrverbot in Holland

Die niederländische Regierung verbietet Samstag kurz nach Mitternacht jede Ausfuhr von Gold, die nicht durch die Niederländische Bank bewilligt wird. Diese Maßnahme wird mit dem außerordentlichen Goldabfluß aus Holland und dem Bestreben begründet, eine Preisgabe des Goldstandards zu verhindern.

Ministerpräsident Colijn gab Montag im Rundfunk bekannt, daß die Regierung an der Gründung eines Währungsausgleichsfonds in der Höhe von 300 Millionen Gulden denke. Der Zweiten Kammer, die für Dienstag einberufen war, wurden drei Gesetzentwürfe vorgelegt, die das Goldausfuhrverbot, den Ausgleichsfonds und Maßnahmen gegen Preisrückgängen betreffen.

An maßgebenden italienischen Stellen behauptet man nach wie vor Stillstehendes. In Anwesenheit Mussolinis und des Finanzministers fand eine Beratung über die Währungsfragen statt, deren Ergebnis jedoch nicht bekannt ist. Es wird angenommen, daß eine Devaluierung der Lira nicht unmittelbar bevorsteht, da Italien wahrscheinlich die Entwicklung in Frankreich ab-

warten und erst nach einem günstigen Ergebnis an die Abwertung seiner Währung schreiten will. Sicher ist, daß die Industrie- und Finanzkreise für die Lira-Devaluierung eintreten.

Aus Deutschland liegt bisher nur eine Neuherung einer offiziellen Persönlichkeit vor, nämlich des Staatssekretärs Reinhardt, welcher erklärte, daß in Deutschland „kein Mensch an verantwortlicher Stelle an eine Abwertung der Mark denkt“.

Ebenso wird an amtlichen österreichischen Stellen erklärt, daß der Schilling nicht bedroht sei und Oesterreich sich auf einen abstrakten Standpunkt beschränken werde. Desgleichen verlaublichen amtliche Kreise Rumäniens und Polens, daß ihre Währungen durch das französisch-englisch-amerikanische Abkommen und seine Folgen nicht beeinflusst würden. Schließlich haben Bulgarien und Litauen erklärt, keine Abwertung ihrer Währung vornehmen zu wollen.

Die Griechische Bank hat in Uebereinkunft mit der Regierung beschloffen, die Drachme an das Pfund-Sterling zu binden.

Dem Sterling-Block schließt sich ferner Letland an. Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, durch welche der Lat im Verhältnis zum Pfund Sterling neu geregelt wird. Schließlich erklärt die türkische Zentralbank, daß bis auf weiteres das Pfund Sterling bei Kurzberechnungen als Grundlage zu dienen habe.

## Um die „Angleichung“ des Franc

(Ru) Es handelt sich nämlich nicht bloß um eine Abwertung, sondern in erster Linie um eine Angleichung des französischen Franc an die großen angelsächsischen Währungen. Es ist ein Versuch, die französischen Preise an die Weltpreise anzugleichen und damit den französischen Export und vor allem die Ausfuhr der Luxusindustrien, die im französischen Export eine so bedeutende Rolle spielen, auf eine konkurrenzfähige Grundlage zu stellen. Denn Frankreich ist bis jetzt eine „Preis-Teuerung“ im Ozean der niedrigen Preise gewesen, der das Land von allen Seiten umspült hat. Das Wesentliche an der französischen Abwertung ist das vorherige Abkommen mit England und Amerika, das die Gefahr des „Währungskrieges“ bannit mit allen Konsequenzen in Form von Zollmaßnahmen gegen nun verbilligte französische Waren und vor allem in Gestalt von entsprechenden Währungsabwertungen anderer Staaten, die die Bedeutung der französischen Abwertung vernichten würden. Aber es muß doch bemerkt werden, daß das britisch-amerikanisch-französische Wäh-

## Warum Mola englische Journalisten ausweist

(R. F.) Es ist bereits berichtet worden, daß der Aufständischengeneral Mola in Burgos eine Reihe von Korrespondenten ausgesprochen bürgerlicher englischer Blätter „ausweisen“ ließ, weil sie angeblich nicht der Wahrheit entsprechend berichtet haben sollen. Um so interessanter ist es, den Bericht zu lesen, den der (bisher noch nicht ausgewiesene) Vertreter der reaktionären „Daily Mail“ seiner Zeitung schreibt. Es handelt sich um einen gewissen Harold Pemberton, dessen Weisung nach Kräften bemüht war, den faschistischen Generalen die Stange zu halten. Er schreibt:

„In meinen Berichten kann ich nur von Grausamkeiten schreiben, die die Anhänger der Volksfront an den spanischen Monarchisten und Faschisten verüben. Aber die unvorstellbar strenge

Währungsabkommen keineswegs jene Stabilisierung der Währungen im internationalen Maßstabe bedeutet, die seit der letzten Londoner Weltwirtschaftskonferenz im Sommer 1933 von den Wirtschaftskreisen aller Staaten verlangt wird. Damals ist diese internationale Währungsstabilisierung durch den Widerstand von Amerika unmöglich gemacht worden. Auch jetzt weigert man sich in Washington und wohl auch in London, sich irgendwie währungspolitisch zu binden. Aber es kann als ein Erfolg der Regierung Blum-Murilo gebucht werden, daß die Angehörigen wenigstens auf Gegenmaßnahmen verzichtet haben. Politisch bedeutet die französische Angleichung an die angelsächsischen Währungen eine Absage an die Pläne von Schacht, der vor einigen Wochen die Pariser Regierungskreise mit einer gleichzeitigen Franc-Mark-Abwertung zu födern versuchte. Eine solche „Gleichsetzung“ des französischen Franc mit der Reichsmark würde höchstwahrscheinlich auch zu einer wirtschaftspolitischen Zusammenkoppelung zwischen Berlin und Paris mit allen entsprechenden Konsequenzen auch auf dem Gebiete der Außenpolitik führen. Diese Gefahr ist nun vorläufig gebannt und darin kann man auch einen Erfolg der französischen Regierung sehen. Sollte in den nächsten Tagen oder Wochen die deutsche Reichsmark gleichfalls einen Anschluß an die Weltvaluten zu finden versuchen, was sehr wahrscheinlich ist, werden sich die Berliner Wirtschaftspolitiker einem bereits konsolidierten Währungsblock gegenüberfinden. In jedem Falle hat der „Goldblock“, besonders auch nach der schweizerischen Abwertung, aufgehört zu existieren, und damit ist eine der wichtigsten Hemmnisse gegen die Wiederherstellung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung beseitigt.

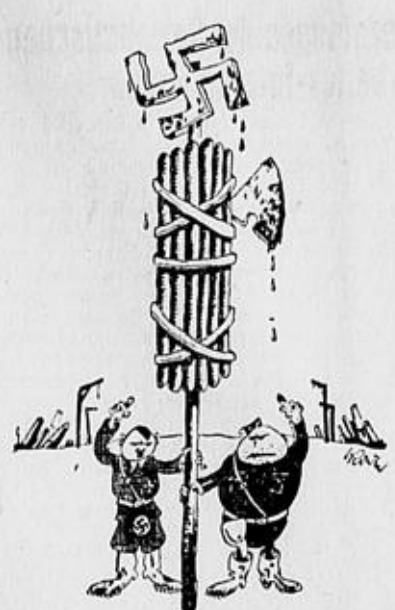
## Moskau dementiert

Morgenthau's Behauptung „auf nichts begründet“

Moskau. Die Moskauer Blätter veröffentlichen eine offizielle Erklärung, in welcher gegenüber den Behauptungen des amerikanischen Finanzministers, daß Rußland in Amerika eine Million Pfund Sterling um jeden Preis verkaufen wollte, um den Kurs des Pfund Sterling zu drücken, gesagt wird, daß es sich dabei um eine gewöhnliche Propagandaoperation gehandelt habe. Die russische Staatsbank habe der Chase-Bank in New York den Auftrag gegeben, der Ensdicht Bank in Stockholm 6,500.700 Dollars zu überweisen, die die russische Staatsbank zur Auszahlung an die schwedische Firma Alca benütigte. Gleichzeitig habe die Chase-Bank den Auftrag bekommen, zwei Kräftigung des Dollar-Guthabens der Staatsbank in der Chase-Bank zu günstigen Preisen eine Million Pfund Sterling zu verkaufen. Die Erklärung Morgenthau's wird als unförmlich-antisowjetischer Ausfall bezeichnet.

Zensur, die in der Hauptstadt Andalusien herrscht, macht es den hier befindlichen Journalisten unmöglich, ein anderes Bild zu zeichnen, als wie es den Aufständischen günstig ist.

Was wollen die Aufständischen vor der Welt verbergen? Sie wollen einfach die täglichen Megeleien verheimlichen, die ihre Truppen in den Dörfern bei ihrem Vordringen verüben. Aber während sie mit allen Mitteln darnach trachten, ihre Grausamkeiten vor der Welt zu verbergen, so kümmern sie sich andererseits nicht im mindesten darum, daß man in den spanischen Städten und Dörfern davon etwas erfährt. Im Gegenteil: Sie machen mit ihren Megeleien sogar Necke: Ich habe selbst gesehen, wie sie am Ende eines Dorfes die Leichen ihrer Opfer zu Bergen häufen, um so eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Letzten Dienstag haben die Aufständischen einen spanischen Photographen erschossen, weil er vor den Toren Sevillas einen solchen Leichenhaufen photographierte. Es waren 41 aufeinanderge-



„In diesem Zeichen werden wir Europa den Frieden bringen!“

worfene Tote, darunter drei Frauen. Als ich fragte, warum diese Hinrichtung stattgefunden hatte, erhielt ich wörtlich folgende Antwort: „Er ist erschossen worden, weil er keine Photographien ausländischer Journalisten verkaufen wollte. Es ist nicht erlaubt, daß solche Photographien ins Ausland kommen.“

Diese Massenmorde gehen planmäßig vor sich, wie bei einer kolonialen Strafexpedition. Auf den Gebieten, die die Rebellen befehden haben, darf keiner am Leben bleiben, der nur irgendwie verdächtig ist. Auf diese Weise soll die Gefahr vermieden werden, daß hinter dem Rücken der Rebellen Aufstände ausbrechen. Es ist vielleicht überflüssig, hinzuzufügen, daß diese Hinrichtungen mit geschicklichen Gerichtsverfahren nicht einmal scheinbar etwas zu tun haben.

Jeder wird sich noch an die Massenmorde von Badajoz erinnern. Ich füge hinzu, daß nach der Einnahme von Merida durch die Aufständischen 950 Einwohner hingerichtet wurden. In Sevilla selbst, wo ich mich längere Zeit aufhielt, werden nach meiner Schätzung täglich 35 Menschen erschossen.

Wie die Rebellen mit ihren wirklichen oder vermeintlichen Gegnern verfahren, ist von Fall zu Fall verschieden. Einige Tage vor meiner Abreise aus Sevilla mußten sämtliche Bewohner einer Gasse im Arbeiterviertel „über die Klänge springen“, weil sie angeblich kommunistische Elemente verdeckt halten.

In diesen Orten zwischen Sevilla und Cordoba hielten die Rebellen ihre Gegner aus den Häusern heraus, stellten sie auf die Landstraße oder auf die Felder und befahlen ihnen, zu fliehen. Dann schossen die Soldaten auf sie, wie wenn sie auf der Jagd wären...

Dieses Schreiben Pemberton's gibt auch die Erklärung dafür, warum auf den Photographien, die die rebellenfreundliche Pariser „Illustration“ veröffentlicht, die Dorfbewohner in den von den Rebellen beherrschten Orten immer nur mit beiden erhobenen Händen zu sehen sind. Das ist nicht gerade die Art, in der ein Volk seine „Freier“ zu begrüßen pflegt. Hier hat offenbar die „Mellame“ gewirkt, von der Pemberton in seinem Bericht schreibt. Es ist allerdings sicher, daß diese „Mellame“ auch Wirkungen hat, die den faschistischen Massenrednern sehr ungeliegt sein werden.

mit dem Weißen Haus in ständiger Fühlung, die Socialist Party nicht.

Alle Parteien Amerikas sind selbstverständlich einheitlich in englischer Sprache geführt. Die Partei der Internationale, die internationale sozialistische Partei, spaltet sich in nationale Gruppen. Wenn auch die Verhandlungssprache bei gemeinsamen Beratungen die englische ist, so gibt es doch eine deutsche, eine italienische, spanische, tschechische, ungarische, polnische Arbeiterpartei in Amerika und noch viele andere. Einige von diesen haben ihre eigenen Wochenblätter, die Italiener sogar ein Tagblatt, aber die englische Hauptpartei hat es über einige Wochenblätter, die alle mit ihrer Existenz ringen, noch nicht hinausgebracht. Das einzige große sozialistische Tagblatt, das Amerika hat, ist der „Jüdische Vorwärt“ in New York. Sein Korrespondent in Washington ist der einzige, den man bei gutem Willen als „freiwilligen“ Gesandten der Arbeiterklasse Amerikas in Washington ansehen kann. Er hilft wo er kann, aber es fehlt ihm das Mandat und eine Partei hinter ihm, in deren Namen er sprechen könnte. Die große Masse der amerikanischen Arbeiter hat kein Tagblatt. Ein von 100 Millionen und kein sozialistisches Tagblatt in dieser Sprache dieses Landes! Das ist die schlimmste Folge der Zersplitterung der internationalen Partei in nationale Gruppen. Es fehlt keineswegs an Sozialisten in Amerika, aber an der Kraft fehlt es bislang, die an die Stelle von Zersplitterung zusammenzufassen würde. Dem Kampf in der politischen sozialistischen Partei gestellt sich nun auch noch ein Kampf in

den Unions, in den Gewerkschaften bei. Daß nur jeder zehnte Arbeiter Amerikas von den Gewerkschaften erfasst ist, hat natürlich seine Ursachen. Die tiefste ist, daß die Gewerkschaften es bislang verüben haben, der modernen Betriebsform der Monopol- und Trust-Wirtschaft auch eine moderne Organisationsform der Gewerkschaften entgegenzusetzen. Es gilt auch hier vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb überzugehen. Das ist es, was die Gruppe um John L. Lewis, den Führer der 800.000 organisierten Bergarbeiter, will, die insgesamt etwa eine Million Organisierte, ein Drittel aller, umfaßt. Dieser Gruppe gehören die stärksten Gewerkschaften an: Bekleidungsindustrie, Typographen, Textil-, Glas-, Metall-, Eisens-, Stahl- und Oelindustrie. Die F. of A. heißt Zersplitterung, die Gruppe Lewis — nun vom Gewerkschaftsbund schon ausgeschlossen — heißt Zusammenfassung. Auch hier im Grunde genommen dieselbe Erscheinung wie in der politischen Partei. Sollten heute die Arbeiter und Angestellten eines großen Zeitungsbetriebes in den Streik treten, so müßten 14 Gewerkschaften in Aktion treten, nach dem System Lewis nur eine. Auch in Europa mußte ja der Geist der Hochimpferei überwunden werden.

Diese Klärungskämpfe in der politischen Partei und in den Unions haben nun eine dritte Erscheinung gezeigt, die mit der Präsidentenwahl in unmittelbarem Zusammenhang steht. In den ersten Augusttagen wurde in New York eine Amerikanische Laborpartei gegründet. Die Vorgeschichte führt zu Franklin D. Roosevelt zurück. Roosevelt wird von den Demokraten, also einer bürgerlichen Partei, kandidiert. Aber schon 1932 standen

viele Arbeiter hinter ihm und nicht hinter dem Kandidaten der Sozialisten. Sie sagten sich und sagten sich das heute noch viel klarer: Roosevelt ist ein Prinzip. Niemand versteht es noch nicht oder sie wollen es nicht verstehen. Politisch analysiert ist Roosevelt das Prinzip des sozialen Sicherheitsprinzips. Er erkennt, die heutige Güterverteilung ist ungerecht, in seinem „New Deal“ strebt er eine neue Teilung an. Er ist nicht Revolutionär, aber er ist ein bewährter Reformator, ein sozialpolitisch gebildeter und einsichtiger Mann. Was die alte Sozialdemokratie für Europa bedeutete, das bedeutet Roosevelt heute für Amerika. Ein Unterschied nur: Er denkt nicht, die Arbeiterklasse „kampffähig zu machen und zu erhalten“, aber den einzelnen amerikanischen Bürger und damit die Nation. Für den Arbeiter tritt dieses Streben ökonomisch in höheren Löhnen, in Verkürzung der Arbeitszeit, in der Hebung seiner Masselage in Erscheinung. Weder gibt es eine politische Arbeiterpartei, noch einen Gewerkschaftsbund, der dazu imstande wäre, so steht der Arbeiter in dem bürgerlichen Sozialreformer Roosevelt seine Hoffnung, um so mehr als sich die Kapitalistenklasse so offen gegen Roosevelt zur Wehre setzt.

Daß der oberste Gerichtshof, gestützt auf die historische Verfassung, einschnürende Wirtschaftsgesetze als mit der Verfassung im Widerspruch stehend erklärt hatte, beantwortete die Arbeiterklasse instinktiv damit, daß sie in die Gewerkschaften strömte und daß alle Gewerkschaftsführer, die alten und die der neuen Richtung, Roosevelt der Unterstützung durch die Gewerkschaften versicherten, ja der Präsident der Damenkleidermacher, Dubinsky, trat

aus der sozialistischen Partei aus, um freie Hand für die Wahlen zu haben. Diese Gewerkschaft zählt mit ihrer Viertelmillion Mitglieder zu den stärksten. Und nun ist der vorläufige letzte Schritt gemacht worden, im Staate New York wurde aus Anlaß der bevorstehenden Wahlen eine unabhängige Arbeiterpartei gegründet, eine „American Labor Party“, der auch die sozialistische Rechte, die „Sozialdemokratische Föderation“ (gulekt „Volkspartei“ genannt) unter Aufrechterhaltung ihrer organisatorischen Selbständigkeit beitrug. Zum Präsidenten wurde der Vorsitzende der amerikanischen Buchdruckerinternationalen Geo. L. Berry gewählt. Hinter der neuen Partei stehen die 800.000 Mitglieder der Gewerkschaften im Staate New York. Bereits in 57 von den 62 Countien (Verwaltungsbezirke) hat die neue Partei Fühlung mit den Gewerkschaften, die auch hier, wie in jeder sozialistischen Partei, das Maßstab der Bewegung sind werden.

Diese hoffnungsvolle Gründung kam zustande, weil man ein wirksames Instrument brauchte, den Arbeiter bei der Wahl der Demagogie der Hearstpresse zu entziehen. Die Leitung des Kampfes der Labor Party wurde Mrs. Eleanor M. Herrick übertragen, einer der ersten Mitarbeiterinnen der Staatssekretärin für soziale Wohlfahrt. Sie ist Direktorin des New Yorker Amtes und wurde zur Organisatorin des Wahlkampfes von ihrer Behörde beurlaubt.

In seiner ersten Wahlrede sagte Roosevelt zu den Jungdemokraten, daß die Frontierzeit für Amerika vorüber sei, daß aber die Zeit der sozialen Plötzlichkeit eben beginnen, höchste Zeit. Auch hier drohen Explosionen.



# Beratungen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

Am 27. September trat in Paris unter Teilnahme zahlreicher Vertreter der angeschlossenen Parteien das Exekutivkomitee der S.A.I. zusammen. Die Sitzung, deren Vorsitz der Präsident der Internationale, der belgische Genosse de Wroodre führte, diente in erster Linie der Vorbereitung einer für den 28. September einberufenen gemeinsamen Konferenz mit dem I.O.B., in der über die Lage in Spanien berichtet werden sollte. Daneben beschäftigte sie sich aber auch mit einer Reihe anderer bedeutsamer Angelegenheiten. Der internationale Sekretär Genosse Friedrich Adler berichtete u. a. über die Arbeiter-Olympiade in Antwerpen, deren Förderung den Parteien zur Pflicht gemacht wird, die Vorsitzende des Frauenkomitees Alice Pelc über den sehr befriedigenden Verlauf der internationalen Frauenschule. Eine längere Aussprache entspannte sich über die Lage der sozialistischen Arbeiterbewegung in Amerika.

Der Sitzung lagen schriftliche Berichte über den Stand der Hilfsaktion und über die Wahrnehmungen der Vertreter beider Internationalen bei einer Reise nach Spanien vor. Im Anschluß daran antwortete der spanische Delegierte Asua auf verschiedene Anfragen. Die Diskussion über die Lage in Spanien wurde jedoch in der Hauptsache der gemeinsamen Sitzung des I.O.B. und der S.A.I. vorbehalten.

Die Sitzung nahm die Nachwahl des belgischen Genossen Delvigne ins Büro vor und beschloß ferner, die Frage der Einberufung des fälligen Kongresses den einzelnen Parteien zur Stellungnahme vorzulegen.

Als Vertreter der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei nahm Genosse Ernst Paul an den Pariser Tagungen teil.

# Kongreß der tschechischen sozialdemokratischen Jugend

Am Samstag und Sonntag tagte in Prag der sechste Kongreß der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Jugend, der auf eine Arbeitszeit von vier Jahren zurückblicken konnte. Es konnte über einen schönen Aufstieg der Organisation berichtet werden, die nunmehr an die 10.000 Mitglieder zählt. Der Aufstieg der Unterlieberungen wurde intensiviert: der Festival, der gleichzeitig mit dem Kongreß stattfand, war der schönste Beweis für die Mühigkeit der in der tschechischen sozialdemokratischen Jugendbewegung vereinigten jungen Menschen. Am Sonntag beriet der Kongreß in vier Sonderberatungen über die Teilaufgaben der Bewegung. Auf der sozialpolitischen Tagung sprachen Fürorgeminister R. Čas und Dr. V. Sedláček, auf der organisatorischen der Parteisekretär D. D. und der Jugendsekretär K. A. u. s., auf der politischen Abg. L. a. u. s. man und Vladimir G. o. r. n. e. r., auf der kulturellen Prof. M. a. c. e. l. und Josef T. r. o. j. a. n. Die Aussprachen waren sehr lebhaft und legten Zeugnis von einer großen geistigen Reife der Funktionäre ab. Sonntag nachmittags nahm das Plenum zunächst ein Referat des Parteivorstehenden Š. a. m. p. l. entgegen, der stürmisch gefeiert wurde. Auch die Ausführungen des Justizministers Dr. D. e. r. e. r. wurden mit großem Beifall zur Kenntnis genommen. Dann hieß der Kongreß die in den Sonderberatungen ausgearbeiteten Resolutionen gut und wählte die neue Verbandsleitung. An die Stelle des bisherigen Vorsitzenden B. i. t. á. s. e. l. trat V. e. s. e. l. ě.

Der Kongreßvorsitzende B. i. t. á. s. e. l. feierte in seinen Schlussworten unter begeisterter, sich immer wiederholender Zustimmung die enge Zusammenarbeit mit dem Sozialistischen Jugendverband. (Dieser war auf dem Kongreß durch K. e. n. n. G. e. i. s. l. e. r. und K. e. u. w. i. r. t. h. vertreten.) Der Kongreß bestätigte, daß die tschechische sozialdemokratische Jugendbewegung, die die Arbeit der D. Z. in sinnvoller Weise e. r. g. ä. n. z. t. und von der Partei eifrig unterstützt wird, nach manchen Schwierigkeiten auf unaufhaltsamem Vormarsch ist.

Freie Richterstellen. Zum 1. September wurden bei den Obergerichten in Prag 31, in Brünn 30, in Pilsen 5 und in Karlsbad 23 Richterstellen nicht besetzt, so daß es im ganzen Staate derzeit 89 freie Richterstellen gibt. Demgegenüber wurden auf Grund dieser freien Stellen 98 Richteramtswärter mehr aufgenommen als systemisiert ist, so daß nach Ablauf der vorgeschriebenen Wartzeit die systemisierten Richterstellen rechtzeitig besetzt werden können.

# Vom Rundfunk

**Empfehlenswertes aus den Programmen:**  
Mittwoch:  
Prag, 7: Salonorchester, 10.05: Deutsche Presse, 10.15: Rundfunk für deutsche Schulen, niedere Stufen, 12.10: Schallplatten, 13.40: Deutscher Arbeitsmarkt, 18.10: Deutsche Sendung; Adler: Reportage von der Wacheabteilung auf der Prager Burg, 18.20: Arbeiterfunk: Willi Wanka: Reiseeindrücke aus Schweden, 18.40: Sozialinformationen, 18.45: Deutsche Presse, 19.20: Slowakische Volkslieder, 19.50: Militärkonzert, 20.30: Schauspiel aus dem Studio: Prager Hummer, — Brünn 12.35: Mittagskonzert, 15: Orchester: Weigenquartett, 17.40: Deutsche Sendung: Smetana: Jugendstunde. — Pilsen 22.30: Unterhaltungsmusik. — Karlsbad 12.05: Tanzmusik, 16.10: Rundfunkorchesterkonzert.



Die „Jungfrau“ mit Kanonen bestückt

Die Schweiz hat die 4167 Meter hohe Jungfrau zu einer Festung ausgebaut und damit zu einer Schlüsselstellung ihrer Landesverteidigung gemacht. Die Geschütze, die hier oben eingebaut wurden, haben von dieser Höhe einen Bereich von etwa 45 Kilometer. Unser Bild zeigt die Jungfrau mit dem Mönch und Eiger.

# Tagesneuigkeiten

Die Demokratie ist gerade das Regime, das den Gemeinschaften Fortschritt in Ordnung gestattet, denn die Demokratie macht den Fortschritt abhängig vom allgemeinen, mehr und mehr sich klärenden Willen.

Léon Blum.

# Stimme aus dem Dritten Reich

\* Einen Tag lang waren einige tausend Reichsdeutsche als Gäste in Prag. Vor und nach dem Fußballspiel Tschechoslowakei — Deutschland hörte man in der inneren Stadt alle Dialekte ihrer Herkunft aus Nürnberg, Dresden, Leipzig, Berlin, von woher sie die Sonderzüge und Gesellschaftsautobusse gebracht hatten. In ihrer Mehrzahl hielten sie sich wohl an die ihnen „empfohlenen“ Lokale. Viele aber unternahmen auch erlebnisreich auf eigene Faust Streifzüge in die ihnen schon unbekannt und ungewohnt gewordene Freiheit. Wer mit ihnen Begegnungen gesucht hat, wird öfter als bereitwillige Mithelferinnen schone Zurückhaltung gefunden haben; sie alle brachten ja die Furcht vor Lauschern und Spähern von drüben mit. Sicher war auch solche Vorsicht am Platze, denn die organisierenden „Instanzen“ werden wohl auch Lauscher und Späher in der Masse harmloser Fahrteilnehmer mitgeschickt haben. Da und dort konnte man das Erstaunen der Gäste über die Warenfülle in den Prager Lebensmittelgeschäften hören, vor allem vor den verlockenden Auslagen der Sektierläden. Das ist begreiflich bei Gästen, die aus reichsdeutschen Städten kommen, in denen diese und jene Lebensmittel nur noch sehr knapp zu haben sind und in denen die Fleischer ihre Geschäfte stundenweise überhaupt schließen, nicht aus Mangelbedürfnis, sondern weil sie nicht genug Fleisch zu verkaufen haben. Andere wieder staunten vor den Ständen der Zeitungshändler über die ihnen ganz fremd gewordene Auswahl an Zeitungen und Zeitschriften aller Sprachen, aller Länder, aller Meinungen. Und sie staunten nicht nur, sie haben auch gekauft und gelesen. Auch Krach hat es an einem Zeitungsstand gegeben, vor dem ein allzu eifriger Salenkreuzler seinen Abgott gegen kritische Zeitungsstimmen zu verteidigen suchte, dem aber hiesige Leute ganz unerblickt ihre Meinung sagten.

Alles, was man auf Straßen, in Gaststätten und Automatenbüfettis, vor Schaufenstern und Zeitungsständen erkaufen konnte, war nur ganz und gar zufällig und läßt keine Schlüsse zu. Interessanter wäre es, nun die Gäste wieder daheim im vertrauten Kreise über ihre Prager Eindrücke berichten zu hören. Eine Stimme aber, obwohl auch nur zufällig vernehmbar, war eine alles andere überhöhende, durchaus eindeutig kennzeichnende Stimme aus dem Dritten Reich. Sie schallte aus einem reichsdeutschen Autobus, der am Sonntag nach 8 Uhr abends am Graben gegenüber dem Deutschen Haus zur Abfahrt bereit stand. Es war ein sächsischer Autobus aus Rittingen bei Dresden. „Perle vom Weisheitsort“ stand groß in plastischen, blank verchromten Buchstaben an seinen Seiten-

flächen. Einige der Insassen sangen mehr laut als schön „Heimat, Dich seh' ich wieder“ oder so ähnlich. Aber noch ehe sie die Heimat wiedersehen, bekamen sie nach einigen Stunden der Freiheit und Freizügigkeit schon wieder ihre eherne Stimme zu hören. Ein Nachzügler, der anscheinend beim Pilsner die Zeit verpaßt hatte, kam an. Kaum hatte er den Wagen bestiegen, schnauzte ihn der Fahrleiter, vielleicht ein Funktionär von „Kraft durch Freude“, vor dem heruntergelassenen Fenster des Führersitzes und allen Anwesenden vernehmbar an: „Wo kommen Sie denn her?“ Was fällt Ihnen denn ein! Achtunddreißig Leute müssen hier auf Sie warten! Sie eilen!“ Es war ganz jene schmetternde Befehlshaberstimme, gemischt aus Referendar- und Unteroffiziersschneidigkeit, wie sie täglich aus den reichsdeutschen Rundfunksendungen schallt und die immer gleich widerwärtig klingt, gleichviel, ob sie kommandiert oder „leutselig“ schmuszt und wipelt. Den singenden Insassen des Wagens gebot die Führerstimme ein schmetterndes „Ruhe!“ Die Sänger verstummten augenblicklich. Der Nachzügler, den einige Biere mutig gemacht, aber dem sie auch die richtige Einschätzung der Situation gelehrt zu haben schienen, verwahrte sich mit einigen Worten gegen die ihm angetane Beschimpfung ohne die geforderte Botschaftigkeit. Da aber legte die Stimme erst recht mit aller Schärfe los: „Ich soll Ihnen wohl ein paar in die Presse hauen?“ Noch einige ähnliche Kraft durch Freude-Worte hagelten auf den Untertan nieder, der sich nun schweigend und völlig verdutzt wieder in die „richtige“ Situation fand und mehr gedrängt und gestoßen als gehend auf keinen Sitzplatz verwiesen wurde. Die anderen Insassen sahen schweigend vor sich hin; sie wußten nur zu gut, was es nun wieder geschehen hatte und was es immer schlägt für das deutsche Volk, dem der Führer „die Ehre wiedergegeben“ hat. Im selben Augenblick fuhr der Autobus davon, fort nach dem Kaiserhof von Deutschland. Noch einmal blühte die Aufschrift im Straßenlicht: „Perle vom Weisheitsort“ . . .

Die entscheidende Frau Luner. Am Freitag wurden noch verschiedene Zeugen einvernommen, darunter auch die sechszwanzigjährige W. r. e. i. l., die zweimal bei der Luner als Hausgehilfin war. Sie schildert, daß sie, als sie das erste Mal bei der Beklagten bedienstet war, ziemlich anständig behandelt wurde, was sich jedoch, als sie das zweite Mal zur Luner kam, in das Gegenteil verkehrte; die Luner habe sie mit dem Schürhaken und mit dem Kochlöffel gefoltert. Dann sagt P. a. u. l. a. K. r. e. n. n. aus, ein vierzehnjähriges Mädchen, das ebenfalls bei der Luner als Hausgehilfin war und ein ähnliches Martyrium mitmachte, wie die Augustin. Die Luner hatte sie nicht nur mit dem Kochlöffel geprügelt, sondern hatte ihr sogar das P. a. s. e. n. b. e. i. n. g. e. r. s. c. h. l. a. g. e. n. Ferner hat die Luner ihr an mehreren Stellen des Kopfes ganze W. i. s. c. h. e. l. h. a. r. e. a. u. s. g. e. r. i. s. s. e. n. Damit die Eltern des Mädchens von der Behandlung, die ihrer Tochter zuteil wurde, nichts erfahren, hat die Luner dem Kind selbst die Briefe an die Eltern diktiert. Die Kronzeugin der samstägen Verhandlung war die M. u. t. t. e. r. der Augustin, eine burländische Bäuerin; der Anblick der tiefgebeugten Mutter wirkte ergreifend; sie erzählte, daß ihre Anna ein vollkommen gesundes und frisches Mädchen gewesen sei, als sie ihren Dienst bei der

# Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung

## Endspiel um die Handball-Bundesmeisterschaft des Atus

Aussig gegen Friedersreuth 11:4 (7:4)

Sonntag, den 27. September, fand in Marienbad bei Karlsbad das Endspiel um die Bundesmeisterschaft im Handball statt. Es standen sich die beiden Kreismeister vom 5. Kreis (Atus Aussig) und vom 6. Kreis (Atus Friedersreuth) gegenüber. Beide Mannschaften gingen mit Siegeshoffnungen zum Spiel. Friedersreuths Anstrengungen scheiterten aber an dem Können der Aufspieler, deren bessere technische Ausbildung gegenüber Friedersreuths auf die größere Spielmöglichkeit im 5. Kreis zurückzuführen sein dürfte. Das Spiel war beiderseits sehr flott. Die Aufspieler waren überlegen. Friedersreuth zeigte manches Schöne und kämpfte ausdauernd, mußte aber den gerechten Sieg Aufspieler überlassen. Die Niederlage wäre bestimmt nicht so hoch ausgefallen, wenn die Hintermannschaft von Friedersreuth nicht so weit aufgerückt wäre. Das Spiel fand im Genossen R. a. n. d. a. einen gerechten Leiter. Durch den Sieg Aufspieler fiel der Titel „Bundesmeister im Handball“ zum erstenmal an den 5. Kreis, den bisher der 6. Kreis innehatte.

Anlässlich dieses Endspieles fanden am gleichen Tage in Aussig die 1. und 2. Bezirksspiele statt. Der 1., 2. und 3. Bezirk im 6. Kreis stellten ihre besten Leichtathleten als Auswahlmannschaften. In jeder Disziplin starteten 8 Leute, nur der 3. Bezirk war nicht in der Lage, alle Disziplinen voll zu besetzen. Die Leistungen der Wettkämpfer waren trotz der kalten Witterung ziemlich gut. Der 1. Bezirk siegte mit 1849,63 P., vor dem 5. Bezirk mit 1694,67 P. und dem 3. Bezirk mit 932,64 Punkten.

Luner antat; die Tochter habe ihr immer geschrieben, daß es ihr bei Luners gut gehe. Dann wird auch der P. f. a. r. e. r. aus Mannerdorf, dem Heimatdorf der Augustin, einvernommen und widerlegt die Beschuldigung der Luner über die angebliche Unfittlichkeit des Mädchens; denn wenn das Mädchen es mit so vielen Burden gehalten hätte, wäre ihm das sicher zu Ohren gekommen. — S. u. c. h. g., ein Onkel der Augustin erzählt, daß er einmal nach Mödling gefahren sei, um seine Nichte zu besuchen. Frau Luner aber habe ihn nicht in die Wohnung gelassen; sie hat sich bei dieser Gelegenheit beschwert, daß die Anna ein sehr schlechtes Mädchen sei, lügenhaft und unehrlich und daß sie gleichzeitig Verhältnisse mit zehn bis elf Burden habe. Dann werden noch Briefe und Ansichtskarten der Anna vorgelesen. Als die Luner vom Vorsitzenden aufgefordert wird zuzugeben, daß sie dem Mädchen alle diese Briefe diktiert habe, sagt sie wütend: „Nein ja, Sie waren ja dabei, Sie müssen's ja wissen!“ Am Montag sagte der F. r. a. n. z. i. s. l. a. n. e. r. Bonifazius als Zeuge aus. Die Luner sei zu ihm um Rat gekommen, wie sie ihr Dienstmädchen von ihren Unfittlichkeiten heilen könne. Eine Woche später kam die Frau mit dem Mädchen zu ihm und forderte ihn auf, dem Mädchen ins Gewissen zu reden. Das dritte Mal kam sie in großer Aufregung zu ihm und aus ihrem Bestimmen nahm er, daß die Augustin tot sei; besonders entsetzt berichtete sie ihm über die Flecken und Striemen am Körper der Toten. „Es wird wieder der Verdacht entstehen, daß ich etwas Unrechtes getan habe“, sagte die Luner schließlich. Der Priester gibt selbst zu, daß er verurteilt, ihr diese Befürchtungen auszurede, da das ja sicher nur „normale Totenflecken“ seien.

Beim Fußballspiel erhielt der 17-jährige Bergmannsohn Josef P. i. j. l. aus Strimig, Bez. Brüx, von einem Spielgegner infolge eines unglücklichen Zufalls einenritt gegen den Unterleib. P. i. j. l. erlitt dadurch eine Blasenerkrankung und mußte sofort einer Operation unterzogen werden. Sein Zustand ist ernst.

Schwerer Bahnunfall. Sonntag abends ereignete sich auf dem Bahnhof in D. u. b. l. o. w. i. b. bei Leitmeritz ein schwerer Unfall. Eine Frau T. a. u. c. h. m. a. n. n., die Mutter zweier Kinder, geriet unter die Räder eines Personenzuges. Der Frau wurden beide Beine abgefahren.

Ein italienisches Militärflugzeug vom neuesten Bombertyp „S 61“ ist Dienstag nachmittags auf einem Übungsflug 50 Kilometer nördlich von Rom abgestürzt. Von den sechs Mann Besatzung sind fünf tot.

Flugzeug ins Meer gestürzt. Ein Flugzeug der italienischen Luftverkehrsgesellschaft streifte beim Rückflug nach Venedig die Aufbauten eines Schiffes und stürzte ins Meer. Vier Mitglieder der Besatzung und fünf Spezialarbeiter kamen dabei ums Leben. Ein Telegraphist wurde verletzt.

Schnee und Kälte. Die Druckverteilung bedingt einen andauernden Frost aus Nord- und Ost-europa gegen unsere Gebiete. In den Niederungen der Republik wurden Dienstag nachmittags meist nur 7 bis 9 Grad Celsius verzeichnet, was den normalen Verhältnissen von Anfang November entspricht. Troppau meldete sogar nur 5 Grad Celsius. Auf den Höhen der nördlichen Grenzgebirge, wo 5 bis 15 Zentimeter Schneehöhe festgestellt ist, behauptet sich untertags Frost und stellenweise schneit es noch. Die Verringerung wird voraussichtlich nur sehr langsam Fortschritte machen und auch in den nächsten Tagen muß mit der Fortdauer der kalten Witterung gerechnet werden. — Wahrscheinlicher Wetter von heute: Von Nordwesten her Abnahme der Bewölkung und der Niederschlagsneigung, sehr kühl, stellenweise Nachtfrost. Tagsüber jedoch ein wenig wärmer; namentlich im Karpatengebiet noch Schauer. — Wetterausichten für Donnerstag: Keine große Änderung.



**Goldene Hochzeit.** Die Arbeiterpresse pflegt im allgemeinen Silber- und Goldhochzeiten nicht zu vergehen. Aber keine Regel ohne Ausnahme. Der Name Hermann Morbach ist der deutschböhmischen Arbeiterchaft doch zu bekannt, vertraut und lieb, als daß wir da nicht einmal eben eine Ausnahme machen dürften. Seit mehr als vier Jahrzehnten steht Freund Morbach in der Arbeiterbewegung, darf als Vater unserer Naturfreundebeziehung weit über den Teplitzer Kreis hinaus angesehen werden. Und wer ihn nicht kennt, kennt doch wohl, zumindest dem Namen nach, das schöne Naturfreundehaus auf dem Müdenberg bei Teplitz, die Morbach-Hütte, in der das Wirken dieses Mannes seine Vereinerung fand. Viele, viele werden am 2. Oktober, da Genosse Morbach und seine Gattin das seltene Fest der goldenen Hochzeit begehen, an die Jubiläre denken und ihnen dankbar noch recht langes Leben und Wirken wünschen.

Die Mähja-Feiern in Leitmeritz erreichten Sonntag ihren Kulminationspunkt durch die Enthüllung eines Bronzedenkmals für den Dichter, das ihn in Leberlebensgröße auf einem Granitpostament darstellt. Zu der Feier fanden sich viele tschechische Dichter und Schriftsteller eingefunden. Für die deutschen Schriftsteller sprach der Dozent der deutschen Universität Dr. A. Wittner. Er hob die Voraussetzungen der nationalen Toleranz Mähjas hervor. Obgleich Mähja aus dem deutschen Mittelbereich und die deutsche Schule besuchte, wurde er dennoch ein tschechischer Dichter. Am 8. November wird eine Gedenktafel am Sterbehause Mähjas enthüllt werden.

Auf die Lenkfrage gestiebt. Am Montag nachmittags stürzte ein tschechoslowakischer Kraftwagen in einer Straßkurve auf dem Wege von Duna-Keszi nach Ujpest (Ungarn) um. Ein unmittelbar dahinter fahrender Kraftwagen, der von der Rennstallbesitzerin Hulme gesteuert wurde, stieß mit dem tschechoslowakischen Kraftwagen zusammen und stürzte gleichfalls um. Frau Hulme wurde von der Lenkfrage ihres Wagens durchbohrt und starb auf der Stelle. Dr. Franz Stege, der Führer des tschechoslowakischen Kraftwagens, erlitt einen Bruch der Schädelbasis und wurde in sterbendem Zustand ins Krankenhaus überführt.

86jähriger überfahren. Der 86jährige Prinz Alfonso Carlos von Bourbon wurde Montag vormittags in Wien, als er mit seiner Gattin in der Nähe seines Hauses in der Theresianumgasse die Gasse der elektrischen Straßenbahn überquerte, von einem Automobil niedergestoßen und schwer verletzt. Er ist seinen Verletzungen erlegen.

„Lustreisen.“ In Portsmouth starteten Dienstag früh neun britische Flugzeuge zu einem Luftrennen nach Johannesburg (Südafrika). Die etwa 9700 Kilometer lange Strecke führt über Belgard und Kaico.

Heirat im engsten Familienkreis. Der Bauer Wladeta Dimitrow aus Novo Selo an der jugoslawischen Grenze hatte zu seiner Hochzeit mit einer Nachbarsdöchter „nur“ seine und ihre Verwandten geladen. Es kamen 1220 Personen, sämtlich nahe mit dem Hochzeitspaar verwandt. Wladeta Dimitrow mußte zwei Keder verkaufen, um das Hochzeitsessen, das sich über fünf Tage erstreckte, bezahlen zu können.

Nicht aus dem Wagen beugen! Der 23jährige Straßenbahnkassierer Rudolf Hanza aus Straßnitz — also einer, der die Regeln kennen sollte — fuhr gestern nachmittags im Schleppwagen eines 11er-Wagens von Boforitz nach Detsch. Während er auf der Plattform stand, beugte er den Kopf zum Wagen hinaus und stieß gegen die Karosserie eines vorbeifahrenden Lastautos. Er verlor das Bewußtsein und stürzte aus dem Wagen; mit einer Gehirnerschütterung und einer Rippenwunde wurde er ins allgemeine Krankenhaus gebracht.

Wer von schönen weißen Zähnen spricht, denkt an Chlorodont die bewährte Zahnpaste gegen mißfarbigen Zahnbelag

**Ausland**  
**Streiks in Jugoslawien**

Dieser Tage wurde in Slowenien der Streik der 12.000 Textilarbeiter nach ungefähr vier Wochen beendet. Die Arbeiterschaft hat zu Beginn des Streiks die Fabriken besetzt. In Maribor hat sie dann auf Aufforderung der Behörden freiwillig geräumt. In Kranj haben Gendarmen und Polizei gewaltsame Räumung der Fabriken vorgenommen, wobei Gummistempel und Tränengasbomben Verwendung fanden. Der ausstehende Kollektivvertrag regelt die Arbeitsbedingungen und setzt einen Minimallohn für die Arbeiter unter 18 Jahren mit 2.50 Dinar und für die Arbeiter über 18 Jahre mit 2.75 Dinar fest. Auch einige besserbezahlte Kategorien haben eine Aufbesserung bekommen. Auf das Jahr umgerechnet dürfte die Gesamtlohnaufbesserung etwa 8 Millionen Dinar ausmachen.

Trotz dem verabredeten Generalpardon verjagten fast alle Textilindustriellen an den Arbeitern Mache zu üben. Einige hundert Arbeiter und Arbeiterinnen, meist aber Vertrauensmänner, wurden entlassen. Die Unterhandlungen wegen dieses Krassen Vertragsbruchs werden geführt. Die Behörden vermitteln. Ueber die Streiks darf die Presse nichts berichten. Höchstens kann sie amtliche Nachrichten abdrucken, die aber natürlich sehr spärlich fließen und keinen Überblick über die Lage ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist es gewiß interessant, auf einen Artikel im Organ der Regierungspartei „Zamouprava“ hinzuweisen, darin eine allgemeine „Säuberung von Marxisten“ nicht nur in den öffentlichen Dienststellen, sondern auch in den Privatbetrieben angekündigt und gefordert wird.

Grüner Streik. Die Landwirte und Gärtner, welche die Pariser Markthalle mit frischem Gemüse beliefern, haben den Streik begonnen und fordern eine Erhöhung der Gemüsepreise. Die Streikenden haben in St. Germain eine Versammlung abgehalten, in der der bekannte Führer der sogenannten Bauernfront, Henry Dorgeres, darauf drang, daß die Landwirte eine feste Standesorganisation schaffen, die ein entscheidendes beratendes Wort bei der Festsetzung der Preise für Gemüse und Produkten haben würde. Der Streik hatte Montag vormittags auf die Pariser Märkte und Markthallen keinen großen Einfluß. Das besonders heuer zu beobachtende große Ueberangebot an Gartenfrüchten ermöglichte allen Interessanten eine ausreichende Versorgung mit Gemüse und sonstigen Produkten.

England und Italien. (Ru.) Es scheint, schreibt der bekannte radikale Publizist Eudenet im Pariser „Petit Journal“, daß England durch die Anerkennung der abessinischen Dele-

gation in Genf sich eine Revanche gegenüber Italien verschaffen wollte. Es ist aber möglich, daß der Genfer Zwischenfall zugleich einen neuen Vorstoß Englands gegen Rom einleitet. In diesem Zusammenhang ist die Reise König Eduards ins Mittelmeer besonders aufschlußreich. Der englische Monarch, schreibt das Pariser „Journal“, habe das Neg der mittelländischen Völker, das London in spontaner Weise vor einem Jahre aufzubauen begonnen habe, der Verträge mit Griechenland, Jugoslawien und der Türkei, im größeren Umfang und auf einer soliden Grundlage wiederhergestellt. Auch der Besuch König Eduards in Wien erregt allgemeines Interesse. Die italienische Presse vertritt keineswegs das Mißbehagen, das man in Rom anlässlich aller dieser englischen Schritte empfindet. „Giornale d'Italia“ macht die europäische Öffentlichkeit auf die britische Aufrüstung im Mittelmeer aufmerksam und bemerkt dabei, die Inspektionsreise des englischen Marineministers Samuel Hoare im Mittelmeer, habe nicht den Eindruck gemacht, als ob London Konsequenzen aus der durch die italienischen Siege in Afrika geschaffenen Lage ziehen wolle.

Berlin. Seltsam! Bionta, der im Mai d. J. vom Volksgericht wegen Verrats militärischer Geheimnisse zum Tode verurteilt worden war, wurde Montag früh mit dem Welt hingetötet.



Die Japanisierung Chinas

Dieses Stationschild von Shanghai veranschaulicht so recht das fortgeschrittene Vordringen der Japaner in China. Die Aufschriften an den Bahnhöfen, die bisher meist zweisprachig, nämlich chinesisch und englisch, waren, wurden jetzt auch durch japanische Bezeichnungen bereichert.

Der winkt zunächst vornehm ab, aber wenn ihm eine „Beteiligung an den Untoten“ in Aussicht gestellt wird, gibt er feuchend nach. Der mitgenommene Kameramann dreht ein paar Szenen, und die Hundert- und Tausendmarktscheine strömen in die schnellst wartende Kasse. Die „Aufgenommenen“ jedoch warten nun vergeblich auf „ihren“ Film; in Wirklichkeit ist nämlich meist gar nichts gedreht worden. In Oldenburg stellte man einmal fest, daß der „Aufnahmeapparat“ eines dort verhafteten „Städtefilmoperateurs“ aus etlichen Zigarettenscheitern, einigen Korsettstangen, einer elektrischen Taschenlampe und einem alten schwarzseidenen Unterrod bestand. Ueberdies war es ähnlich, aber das Geschäft brachte trotzdem stets etwas ein. Der „schwebische“ Regisseur Niels Walmsleaf, ein junger Mann von 23 Jahren, der mit einem Kameramann und seiner Freundin und „Diva“ Vera Millard auf diese Art systematisch sämtliche deutschen Wäber bereiste, holte allein aus Bad Nauheim, wo sogar die Kurdirektion einen Zuschuß gab, in knapp acht Tagen rund 30.000 Mark heraus.

Einer seiner „Schüler“, der angebliche Regisseur Wolf Bunny Jacoby, vollbrachte sogar einen noch schöneren Streich. Er erbat von dem Besitzer eines großen Berliner Kaufhauses die Erlaubnis, einige Szenen eines „dänischen Großfilms“ in seinen Warenhaus zu drehen, stellte dieses vollständig auf den Kopf, „drehte“ (natürlich „blind“, d. h. mit leerem Apparat) und ließ sich zum Schluss an der Kasse mehrere tausend Mark „Reklamezuschuß“ auszahlen.

Wenn jemand glaubt, daß der Konfilm solche Streiche unmöglich gemacht habe, so irrt er sich. Wenn die Öffentlichkeit fast nie davon erfährt, so lediglich deshalb, weil die Dipherten meist keine große Lust haben, ihre Reinfälle auch noch an die große Glode zu hängen.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik**  
**Der internationale Krankenkassenkongreß**

Brag. Die Generalversammlung der Internationalen Zentrale der Krankenkassenverbände begann Montag im Saal der Allgemeinen Pensionsanstalt. Der Vorsitzende Léon Heller Paris eröffnete sie mit der Begrüßung der anwesenden Minister für soziale Fürsorge Gen. Ing. N. E. S., welcher die Regierung vertrat, und des Gesundheitsministers Gen. Dr. C. z. e. h. ferner der Mitglieder der Nationalversammlung, deren Präsidium durch den Vizepräsidenten Gen. T. a. u. b. vertreten war, des Vertreters des Internationalen Arbeitsamtes in Genf T. i. x. e. r., des Genossen G. a. m. p. l. als Vorsitzenden der Zentralsozialversicherungsanstalt, unter deren Vertretern Gen. A. a. u. f. m. a. n. n. ist, und zahlreicher anderer Repräsentanten von Behörden und sozialen Institutionen. Der Vorsitzende gab dann einen Überblick über die Kongreßarbeiten und gedachte des ersten Vorsitzenden der Zentrale, des Gen. Dr. L. e. v. W. i. n. t. e. r., dessen Andenken der Kongreß durch eine Minute des Schweigens ehrte. Namens des vorbereitenden Ausschusses sprach dann Gen. Gen. N. e. m. e. t. e. l., worauf Fürsorgeminister Gen. N. e. t. a. s. das Wort ergriff.

Minister N. e. t. a. s. gab eine kurze Uebersicht über das System unserer Sozialversicherung und verwies darauf, daß auch die selbständig erwerbenden Personen sich immer intensiver für die Einführung der Krankenversicherung und das Inkrafttreten der bereits früher angenommenen Invaliditäts-, Alters- und Ueberlebensversicherung bemühen. Auch der Vertreter des F. A. A. in Genf und Vorsitzende seines Sozialversicherungs-instituts, Adrien T. i. x. e. r., legte in seiner Begrüßungsansprache Nachdruck auf den Hinweis, daß sich der Gedanke der Sozialversicherung auch über die europäischen Länder hinaus immer mehr Bahn bricht. Gen. G. a. m. p. l. sprach im Namen der Zentralsozialversicherungsanstalt. Er schilderte den Stand der Sozialversicherung in der Tschechoslowakei und erklärte, daß bei Einführung der obligatorischen Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit, die in der Linie der Entwicklung liegt, kein neues organisatorisches Neb nötig sei. Gen. Kampf wies auf die Manifestation der Gewerbetreibenden für die Selbständigen-Sozialversicherung hin, die umso bedeutsamer sei, als in denselben Kreisen noch vor wenigen Jahren W. i. d. e. r. i. t. a. n. d. gegen diese Einrichtung bestand. Schließlich sprach im Namen der allgemeinen Pensionsanstalt deren Vorsitzender Dr. S. o. t. o. w. i. e.

Nach der Wahl des Gen. N. e. m. e. t. e. l. zum Vorsitzenden der Generalversammlung wurde eine Sitzungspause eingeschaltet, worauf am Nachmittag der Vorsitzende der Zentrale, Léon Heller, den Tätigkeitsbericht erstattete.

Die Sitzungen am Dienstag waren Fachreferaten und der Debatte darüber gewidmet.

Ueber die Beteiligung der Sozialversicherungs-träger an der Tuberkulosebekämpfung lag ein Bericht von Dr. V. a. b. e. d. i. (Polen) vor, der darauf hinwies, daß die Bekämpfung der Tuberkulose nicht das Werk der Krankenversicherung allein sein kann. Gemeinam mit den Faktoren der öffentlichen Gesundheitspflege und Sozialpolitik gelte es, großzügige Maßnahmen der V. o. r. b. e. u. n. g. a. und Heilung durchzuführen. Der Bericht empfahl die Einrichtung von Arbeitskolonien für Tuberkulose und betont die Wichtigkeit der Erziehung bei den J. u. g. e. n. d. l. i. c. h. e. n. Daß die Jugend besonders von der Tuberkulose betroffen ist, betonte in der Ausführungsrede auch der Chefarzt der Zentralsozialversicherungsanstalt Dr. V. e. s. t. v. N. e. h. t. z. e. i. t. i. g. e. Untersuchung und Behandlung liege im Interesse der Versicherten und der Versicherung. Großer Wert sei den in der Tschechoslowakei eingeführten d. i. a. g. n. o. s. t. i. c. h. e. n. V. e. o. h. a. d. u. n. g. s. s. t. e. l. l. e. n. beizumessen. Als dringende Erfordernisse bezeichnet der Redner besondere Arbeitsvermittlung für Tuberkulose und ein G. e. s. e. h. u. b. e. r. die Tuberkulosebekämpfung.

Ueber die wirtschaftliche Arzneiverordnung in der Krankenversicherung erstattete Otto S. c. h. m. i. d. (Schweiz) Bericht. Er legte der Versammlung eine ausführliche Untersuchung über die u. n. n. ö. t. i. g. e. V. e. r. t. e. u. e. r. u. n. g. der Arzneikosten durch m. a. r. k. e. n. g. e. s. c. h. a. b. i. e. Spezialmittel vor. Der Bericht erstattet eine Auffklärung schon der studierenden Mediziner über die Erfordernisse der s. o. z. i. a. l. e. n. M. e. d. i. z. i. n. Als notwendige Maßnahme bezeichnete er die V. e. r. i. f. i. k. a. t. i. o. n. d. e. s. M. a. r. k. e. n. f. i. c. h. u. b. e. s. für Arzneimittel.

Den Beschluß der Dienstag-Sitzung bildete das Referat von Franz S. p. a. l. o. w. s. k. i. über die sozialen und wirtschaftlichen Funktionen der Sozialversicherung, in dem der Referent die Angriffe auf die Sozialversicherung als unbegründet zurückwies.

Für den Reichsverband deutscher Krankenkassenversicherungsanstalten nehmen an dem Kongreß teil die Genossen S. c. h. a. f. e. r. s. Reichensberg, K. r. e. m. s. e. r. s. Teplitz, S. a. d. e. n. b. e. r. g. Prag, S. a. h. -Hallenau und S. o. n. n. e. L. Reichensberg.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

Wäße in den Ofen stecken ist eine unangenehme und gefährliche Sache. Wiederm mit kalten Füße einherzugehen, bringt fast immer eine Erklärung nach sich. Aber warum dies alles, wenn Wafa in seiner neuen Hausfuß-Kollektion so eine Auswahl herausgebracht hat. Nicht vergessen: Wafa,

**Hinter den Kulissen des Films**

Aus dem Tagebuch eines Regisseurs

V.

**Spitzbuben der Eitelkeit**

Die Spekulation auf die menschliche Eitelkeit wird immer das sicherste Geschäft bleiben. Die Kunst des flimmernden Bandes kann von dieser Weisheit ein vielfältiges Lied singen.

Mit den Filmschulen fing es an. Ohne Zweifel, ein gewisses Maß fachlicher Elementarbildung ist auch für den Schauspielerberuf unentbehrlich. Aber diese Schulung muß durch einen Fachmann erfolgen, und die Schüler bedürfen allergrößtmöglicher Siebung und Auslese. Die Filmschulen, mit denen Berlin, Wien und Paris bis in die ersten Jahre des Tonfilms hinein überschweben waren, ließen beides vermissen. Wer nur kam und 500 bis 1000 Mark für einen sechs-wöchigen Ensemblekursus mitbrachte, wurde angenommen, von einzelnen Instituten sogar mit im voraus „fest garantierter Starlariere“.

Gausmädchen und Kammerdiener opferten ihre letzten Ersparnisse; Stenotypistinnen, Schloßferlehtlinge und Konfektionsverkäufer fühlten sich als kommende Olaf Böny und Asta Nielsen. Und hinterher waren sie alle bitter enttäuscht, denn die Regisseure, denen sie „nach beendeter Ausbildung“ ihr Talent offerierten, lächelten schon, wenn sie ein Filmschulenzugnis von weitem sahen. Lehrer und Unterricht waren freilich auch dazu angeht. Die Lehrer hatten vielfach ein Filmatelier noch nicht einmal von außen gesehen; verkäufliche Kaufleute, verbinderte Schieber, ehemalige Theaterregisseure, etc. stellten das Hauptkontingent, und die wenigen „wirklichen Fachleute mit bester Branchenkenntnis“ waren durchweg vom

Kaliber des „Oberregisseurs Vormeng“, der ganz Mitteleuropa mit seinen Filmschulenprojekten überschwebte, dessen kurze Regierstätigkeit aber mit einem pompösen Hinauswurf geendet hatte, weil in einem von ihm gedrehten Hans Sachs-Film moderne Fabrikdornsteine zu sehen waren. Die Ausbildung, die man in diesen „Filmschulen“ erhielt? Ein bißchen „Zanzschule“, Mißmil, Schminken, das war alles. Und je weniger die unglücklichen Leben von der „Mimik“ lernten, umso besser für sie. Aber die Spekulation auf menschliche Eitelkeit und Dummheit schlug trotzdem nie fehl. Es gab sogar ein paar Institute, die „Lehrbriefe für Filmkunst“ veränderten und damit trotz erheblicher Reklamekosten enorme Summen verdienten.

Aber machten es die „Seriosen“ denn anders? Abgesehen von den ganz großen Konzernen, konnte eine talentierte, aber noch unbekannte Kraft fast überall nur eine führende Rolle erhalten, wenn sie sich bereit erklärte, ganz oder teilweise die Herstellungskosten zu übernehmen. Nach diesem Prinzip arbeitete sogar eine so angesehenen und bedeutenden Fierna wie der Hagenwald-Konzern, der jährlich mehrere Duzend guter Großfilme produzierte, und Firmen wie W. M. Film, Panzer-Film, usw. haben die Methode in die Tonfilm-Epoche herübergerettet.

Es gibt jedoch eine noch viel lustigere Spekulation auf die Eitelkeit der Filmfreunde: die Städtefilmsfabrikation. Das System ist denkbar einfach. In irgend einem historischen Städtchen oder mondänen Badeort erscheint ein wirklicher oder angeblicher Filmregisseur, spielt einige Tage den großen Mann und läßt dabei geheimnisvoll durchblicken, daß er am Ort „drehen“ wird. Das übrige kommt dann ganz von selbst: reifende bäufertige Geschäftsleute, Persönlichkeiten der Gesellschaft und jugendliche Filmscheffere setzen sich persönlich oder indirekt mit dem „großen Mann“ in Verbindung



